

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Pfeilzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 30.

Sonnabend, den 24. Juli 1909.

13. Jahrgang.

Zur Beachtung.

Die Arbeitsniederlegungen häufen sich. Wo ein Streit ohne Genehmigung des Zentralvorstands inszeniert wird, kann aus der Hauptklasse Unterstützung nicht gewährt werden. Unsere Streiktaktik muß eine wohlüberlegte sein, das erfordert schon die nicht zu unterschätzende Stärke der Steinmetzmeisterorganisation. Wir ersuchen also, daß bei der Streitbeschließung die statutarischen Bestimmungen strikte eingehalten werden.

Die Orte, die ganz ziel- und planlos Streits proklamieren, verlangen dann, daß doch Ausnahmen auch zugelassen werden müssen. Würden wir dem Rechnung tragen, dann wäre das Statut überflüssig, weil — jede Zahlstelle eine Ausnahmestellung verlangen könnte. Eine solche Taktik kann unsererseits, die wir die Interessen aller Berufskollegen vertreten müssen, nicht gutgeheißen werden.
Der Zentralvorstand.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Sozialpolitik des neuen Kurses. — Der Kampf in Solnhofen. — Wandlungen. — Die freien Gewerkschaften im Jahre 1908. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Literarisches. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Neue Zahlstellen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Wirtschaftliche Rundschau. — Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahren in der preussischen Industrie. — Feuilleton: Wink für Referenten. — Die Lohnbewegung der Steinarbeiter von Mühlbach.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperri sind: Schmalkalden und Brotterode: Die Firma Köppler und Wedel. — Niederlammig: Die Firma Heinrich für Steinmetzen und Pfisterer. — Regenstein: Steinmetzgeschäft Lochner. — Köln: Baugeschäft Ferdinand Schmitz.

Obenstetten. Die Differenzen bei Herrn Architekt Schönmann wurden am 2. Juli in Metten in einer Schiedsgerichtsitzung eingehend besprochen. Die Arbeitsordnung, die drakonische Bestimmungen enthält, muß eine Umänderung erfahren. Unsere Vorschläge sind den Industriellenverband unterbreitet.

Kaiserhammer. Die Steinmetzen und Brecher der Firma Jakob in Marktleuthen sind am 5. Juli in den Streit getreten. Der Unternehmer will auf unsere Tarifvorlage nicht eingehen.

Sutter am Berge. Die Kollegen traten bei der Firma Friede in den Streit.

Hamburg I u. II. Die Meister der Sandstein- und Marmorbranche sperren, ohne daß unsererseits der geringste Anlaß gegeben wurde, zirka 130 Steinarbeiter aus. Der von beiden Kontrahenten unterzeichnete Tarif läuft laut Inhalt bis 1910. — Im Muschelkalkgebiet und im übrigen Maintale sollen Arbeitswillige angeworben werden. Die Marmorarbeiter haben ebenfalls nach Hamburg Zuzug streng fernzuhalten.

Sulzfeld (Baden). In dem bekannten Mühlbacher Steinbruch legten die im Hirsch-Dunderschen Gewerksverein organisierten Steinarbeiter einen Tarifvertrag vor, wurden aber strikt abgewiesen. Sie beschloßen darauf, die Arbeit niederzuliegen. Unsere daran beteiligten Kollegen erklärten sich solidarisch. Im Ausstand befinden sich 260 Mann. Unterhandlungen sind im Gange.

Sternfels. Der Steinhauermeister Chr. Brumm in Freudenstein entließ sämtliche Steinhauer, weil sie sich weigerten, Streikarbeit für Mühlbach anzufertigen. Betroffen sind 23 Kollegen.

Gefrees. Die Firma Künzel & Schedler hat am 3. Juli 20 Pfistersteinarbeitern gekündigt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Solnhofen. Unsere Kollegen, 28 an der Zahl, traten am 1. Juli in den Streit. Die christliche Gewerkschaftspresse schwindelt ihren Lesern vor, unsere Leute leisteten Streikbrecherarbeit. Das ist erlogen. Wenn jetzt auf den Steinarbeiterverband losgeschlagen wird, so tun die christlichen Führer dies mit der Absicht, um bei einer eventuellen Niederlage die „Koten“ als Prellbock zu benutzen.

Dortmund. Wegen Lohnunterschieden legten bei den Westdeutschen Marmor- und Granitwerken die Hauer und Schleifer die Arbeit nieder. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Sozialpolitik des neuen Kurses.

Die Gewerbeordnungsnovelle und das Arbeitskammergesetz sind durch die Schließung des Reichstags in den Papierkorb befördert worden. Man hatte vordem ein bißchen Sozialpolitik dringend nötig, um Ablenkung für die Erbitterung zu schaffen, die die Ausplünderung des Volkes durch die Fünfhundertmillionen-Vorlage hervorgerufen mußte. Zu nehmen mit Schöffeln und zu geben mit Löffeln ist ja bewährter Grundsatz jeder Regierung, die im Namen des sozialen Königtums das Saumcuique (Jedem das Seine) in die preußische Praxis umsetzt. Diesmal hat die erprobte Methode eine geniale Verbesserung erfahren: denn man hat mit Schöffeln genommen, was zu holen war; was man aber mit Löffeln zu geben versprochen hatte, hat man wieder zurückgenommen. Man zeigt seinen guten Willen und steckt das Geld ein.

Das Organ der scharfmacherischen Arbeitgeber, die freikonservative Post, ist natürlich von diesem vorläufigen Ausgang der Dinge aufs höchste erbaut. Was für sie und ihre Männer der Hauptgewinn an der Schließung des Reichstages ist, sagt sie ganz deutlich:

„Die Schließung des Reichstages ist auch aus dem Grunde zweckmäßig, weil sie die Möglichkeit bietet, die in der letzten Session vorgelegten Gesetzeswürfe an der Hand der Verhandlungen und sonstiger inzwischensich ergebender Materialien einer Nachprüfung zu unterziehen; sie ist insbesondere wünschenswert, da gegen das Arbeitskammergesetz und die sogenannte große Gewerbeordnungsnovelle, namentlich in der von der Reichstagskommission beschlossenen Fassung die erheblichsten Einwendungen gemacht worden sind. Sofern man auf Grund dieser Einwendungen nicht zu dem Entschluß gelangt, auf die Verfolgung des einen oder des andern gesetzgeberischen Plans ganz zu verzichten, so wird jedenfalls bei der neuen Redaktion der Gesetzentwürfe auf diese Einwendungen gebührend Rücksicht zu nehmen sein.“

Das also ist der Zweck der Übung. Die bürgerlichen Fortschritte der Sozialpolitik, die von den absoluten Mächtigkeiten unserer Industrie aus der Gewerbeordnung, namentlich dem Heimarbeiterchutz, und aus einer noch nicht einmal gleichberechtigten Arbeitervertretung in Arbeitskammern befürchtet werden, hat man verhindern wollen. Die Gesetzentwürfe dürfen entweder gar nicht mehr oder doch nur in einer Form wiederkehren, in der sie für die Herren im Hause nichts Verhängliches enthalten. Es soll eben, um mit dem Generaldirektor Hilger zu sprechen, auch diesmal wieder bei „weißer Salbe“ sein Bewenden haben.

Dem neuen Staatssekretär des Innern, Herrn Delbrück, sagt das Arbeiterblatt nach, daß er sich zwar „durch nach seiner Auffassung unberechtigten Widerspruch seitens der Arbeitgeber von seinen Plänen nicht abbringen läßt“, daß er aber auf der andern Seite „bereit ist, berechnete Forderungen derselben zu berücksichtigen.“ Delbrück ist der Post lieber als Posadowsky, sie versichert:

„Von ihm ist nicht zu befürchten, daß er sich, wie das vor 1907 im Reichsamt des Innern wohl vielfach der Fall war, bei seinen sozialpolitischen Vorlagen dazu mißbrauchen lassen wird, Partei- und Wahlrücksichten einen gebührenden Einfluß einzuräumen.“

Man darf nicht vergessen, daß der Sturz Posadowskys im Jahre 1907 ein Werk der freikonservativen Postleute war, wie jetzt der Sturz Bülow ein Werk der agrarischen Kreuzzeitungsritter ist. Wie Bülow jetzt über das „frivole Spiel“ der Konservativen, so klagte Posadowsky damals über die „giftigen Angriffe“, denen er von seiten der Reichspartei ausgelegt sei. Aber Posadowskys Klucht in die Öffentlichkeit blieb vergeblich, das soziale Königtum stand nun einmal im Zeichen der „vollen Kompottschüssel“. Der giftige Angreifer v. Camp wurde in den Freiherrnstand erhoben. Posadowsky ging und an seine Stelle trat Herr v. Bethmann, der jetzige Reichskanzler. Wenn jetzt im Reichsamt des Innern abermals ein Umzug stattfindet, der von der scharfmacherpresse mit Freude begrüßt wird, so können sich die Arbeiter und mit ihnen alle, die ein Vordrängeschreiten auf den Bahnen sozialer Reformen für notwendig halten, ein Bild davon machen, was die Sozialpolitik des Reiches vom neuen Kurs zu erwarten hat. Agrarier und Arbeitgeber sind die eigentlichen Herren in den obersten Reichsämtern.

Der Kampf in Solnhofen.

Um gegen die schmutzigen Verleumdungen der Zentrums- und Gewerkschaftsblätter Stellung zu nehmen, beriefen die Solnhofener Kollegen am Sonntag, den 4. Juli, eine öffentliche Versammlung nach dem Hofischen Keller in Pappenheim ein, in der Kollege Boehm unsere Stellung im Solnhofener Lohnkampf verteidigte. Der großartige Herr Tremmel wurde brieflich eingeladen. Er erschien in Begleitung seines Sekundanten Bauer-Ingolstadt und ca. 400 christlichen Kollegen. Auch unsere Kollegen waren stark vertreten. Weiter waren anwesend unsere Pappenhaimer Freunde sowie schließlich Arbeiter aus der ganzen Umgegend bis von Schwabach und die Pappenhaimer Bürger in großer Zahl. Kollege Boehm

schilderte in seinem Referat die Lohnbewegung selbst, dann unsere Haltung. Er führte an, daß für uns weder ein Anlaß noch die Möglichkeit bestanden habe, anders zu handeln. Die Haltung der Christlichen vor dem Lohnkampf sowohl, die Verweigerung des Mandats, der von Tremmel an unsern Gauleiter gerichtete Brief in dieser Sache, der mit seinen jesuitischen Bindungen noch mehr Mißtrauen erregte, sowie die jämmerliche Haltung der Zentrums- und Gewerkschaften in andern Kämpfen, haben uns veranlaßt, unsern eigenen Weg zu gehen und abzuwarten, bis auch für uns nach außen hin Veranlassung vorliege, die Arbeit einzustellen. Dies sei am 1. Juli erfolgt, als von den Unternehmern uns der jeder Beschreibung spottende Tarif vorgelegt wurde. Schließlich habe auch die Behandlung des Kollegen Lohse in einer Mörsheimer Versammlung nicht anders wirken können, als das Mißtrauen gegen die Schwarzen zu stärken. Endlich kam Redner auf die schmutzigen Angriffe der „Gewerkschaftsstimme“ und führte aus, wie es so kleine Blättchen gäbe, die auch beachtet sein wollen, und wenn sie sich die Aufmerksamkeit durch eine systematische Rüpelhaftigkeit erzwingen müssen. Scharf verurteilte Redner die Haltung der Führer der Zentrums- und Gewerkschaften. Den christlichen Kollegen die Sympathie der Klassenbewußten Arbeiterschaft aussprechend, schloß er unter stürmischem Jubel.

Während Boehm durch seine, auch christlicherseits anerkannte Sachlichkeit sich die Aufmerksamkeit der ganzen Versammlung bis zur letzten Silbe erhalten hatte, sollte das bei Tremmel anders werden. Durch sein provokatorisches Benehmen versuchte er es zu einem Tumult zu bringen, und da unsere Leute noch nicht genügend unterrichtet sind von dem Verhalten solcher jesuitischen Hampelmänner, so kam es auch naturgemäß zu Unterbrechungen. Der Vorsitzende, Genosse Jentsch-Pappenheim, hatte große Mühe, wieder Ordnung in die Versammlung zu bringen. Zunächst alterierte sich Tremmel sehr über das rot ausgeschlagene Podium und über die rote Fahne und zwar unter jählicher Heftigkeit der ganzen Versammlung, die sich sicher an die Verwendung des Rot bei spanischen Stierkämpfen und an die Wirkung dortselbst erinnerte. — An den Ausführungen des Kollegen Boehm konnte er wenig aussetzen und so versuchte er Boehm Sophistereien in den Mund zu legen. Sofort nagelte Boehm die Unwahrheiten des Oberstriften fest. Er wies zurück, daß er gesagt hätte, durch die Bewegung wollten die Christen unsere Kollegen aus den Betrieben bringen, sondern früher schon hätten die Schwarzen diese Parole ausgegeben. Wenn aber nun die Christen immer wieder diese Ausführungen so verdrehen, so berechtige das, in uns den Gedanken aufkommen zu lassen, daß es die Schwarzen beabsichtigt haben. Redner hob besonders hervor, daß nicht die Schmutzreden der Firma Oswald, Tremmel und Konsorten bestimmend waren, als wir am 1. Juli die Arbeit verließen, sondern dieses wurde bereits am 16. Juni beschlossen. Auch Bauer-Ingolstadt, der schon seinerzeit in Augsburg eine sehr klägliche Rolle spielte, ließ sein Licht leuchten, ohne nur irgendwie beachtet zu werden. Tremmel klapperte noch eine Zeitlang an den Ausführungen des Kollegen Boehm herum und schlug schließlich eine Resolution vor, die er nachher mächtigte und welche unser Verhalten als nicht einwandfrei bezeichnete. Boehm brachte eine Resolution in Vorschlag, die zur Solidarität in diesem Kampfe aufforderte. Die Christen stimmten zuerst für die Resolution Tremmel, dann stimmte aber die ganze Versammlung für die Resolution Boehm. Die „Gewerkschaftsstimme“ bringt wohl die Resolution ihres Helben Tremmel, unter sich aber jedoch die von Boehm. Im übrigen strotzt der Bericht der „Christen-Räthe“ geradezu von Lügen. Zum Beispiel jene Stelle, wo es heißt, Boehm hätte Tremmel keine Antwort geben können auf die Frage, wann und wo die Christen unsere Kollegen brotlos machen wollten, kann nur ein „Mann“ wie Tremmel schreiben. Im übrigen ist es bezeichnend, daß selbst die christlichen Kollegen über das schamlose Verhalten ihrer Führer sehr erbittert sind.

Wandlungen.

Die Umwälzungen, die im Laufe der letzten Jahrzehnte die Steinindustrie getroffen haben, sind nicht ohne Einfluß auf die Anschauungen, das geistige Leben der Steinarbeiter geblieben. Diese Erscheinung haben wir ebenso wenig nur allein im engeren Rahmen unseres Berufes zu verzeichnen, wie die vielfachen Umwälzungen selbst. Vielmehr müssen wir darin ein Stück der notwendigen Entwicklung der ganzen menschlichen Gesellschaft erblicken. Von jeher haben sich die Menschen ihre Vorstellungen und Auffassungen nach den sie umgebenden Verhältnissen gebildet.

In besonderem Maße gilt dies von den Strömungen und Anschauungen innerhalb der Arbeiterbewegung, der politischen sowohl als auch der volkswirtschaftlichen. Die Ziele und Bestrebungen der Arbeiterschaft oder im weiteren Sinne der beherrschten und unterdrückten Volksklassen sind in ihrem Wesen immer dieselben gewesen. Je nach Art und Schwere des auf ihnen lastenden Druckes richtete sich ihr Bemühen jeweilig in erster Linie auf

Beseitigung der größten Härten und Erzielung der nächstliegenden Verbesserungen ihrer Lage. Mangelnde Kenntnis des inneren Zusammenhanges der einwirkenden Verhältnisse verleitet zwar oft zu falschen Schlüssen und Anwendung ungeeigneter Wege. Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse oder Erreichung eines gesteckten Zieles bedingten weitere Wandlungen der Auffassungen, der Kampfmittel und der Taktik. Aber jede neue Strömung und Auffassung stellte in der Regel eine höhere Stufe der Entwicklung dar, sei es infolge besserer Erkenntnis, Erweiterung des gesteckten Zieles oder Ueberwindung eines Hindernisses. Sie haben sich aber irrtümliche Strömungen dauernd der natürlichen Entwicklung nach vorwärts in den Weg legen können. Diese Erkenntnis gibt uns aber auch gerade das Vertrauen in unsere Organisation, ihre Ziele und ihre Mittel. Sie sollte uns aber auch bewahren vor Unduldsamkeit gegenüber neuen und anderen Anschauungen als den bisher üblichen.

So alt wie die Menschheit selbst sind auch ihre Vereinigungsbestrebungen. Anfänglich waren sie bestimmt zum Schutze gegen andere Geschöpfe, gegen Einflüsse der Natur oder zur Beschaffung des Lebensunterhaltes, ohne innere Trennungen. Allmählich entstanden aber Absonderungen, Spaltungen, Vereinigungen des Menschen gegen den Menschen. Entwicklung und Verschärfung von Interessengegenständen ließen in unendlicher Folge und Art immer neue Vereinigungen unter den Menschen entstehen und einander im Laufe der Entwicklung ablösen. Die höchste erreichte Form stellen unsere modernen wirtschaftlichen und politischen Vereinigungen dar. Die erstrebte idealste Form erblicken wir in der sozialistischen Gesellschaft.

Wechselreich wie die Form waren Inhalt und Zweck der Vereinigungen. Schon die letzten Vorläufer der modernen Gewerkschaften, die Gesellenzünfte standen vor ganz anderen Aufgaben als die Gewerkschaften heute und entpanden grundverschiedenen Auffassungen als diese. Ihr ganzes Streben wurde beherrscht von ihren engbegrenzten Zunftinteressen. Um Dinge, die uns jetzt lächerlich kleinlich erscheinen, wurde mit der größten Fähigkeit gekämpft. Obwohl oft heftige Fehden mit den Meistern ausgefochten wurden, standen die Gesellen in vielen Fällen doch zur Seite der Meister. Die Erschwerung des Zugangs zum Beruf bildete für beide das wichtigste Mittel zur Abwehr befürchteter Verschlechterung ihrer Lage. Rücksichtslosigkeit gegen alle außerhalb des Berufes Stehenden war das Charakteristikum jeder einzelnen Zunft, trug aber wesentlich zur Verkümmern und endlichen Verfall des ganzen Zunftwesens bei.

Vor einer ganz neuen Welt stand die erwachende Arbeitererschaft nach Aufhebung der Verbindungsverbote. Der Gesellenstand war nicht mehr eine Durchgangsstation auf dem Wege zur Meisterschaft. Der Arbeiter blieb mit wenigen Ausnahmen an sein Schicksal gefesselt, zeit seines Lebens. Diese Gewissheit schuf unter der Arbeitererschaft ganz andere Strömungen als in der Zunftzeit. Die technischen Umwälzungen in Verbindung mit der Entwicklung des Großkapitals hatten alle Schranken durchbrochen. Durch die Einführung der Gewerbefreiheit wurde dem tatsächlichen Zustand nur die gesetzliche Sanktion gegeben.

Jetzt handelte es sich nicht mehr um Unterbindung der Konkurrenz und engbegrenzte Zunftinteressen, sondern um Vereinigung der Konkurrenz und Erhaltung der Lebenskraft einer ganzen Volksklasse durch Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung, sanitären Arbeiterschutz usw. Diametral standen sich Interessen von Arbeitererschaft und Unternehmertum gegenüber. Nur in der Vereinigung der wirtschaftlich abhängigen Arbeiter gegenüber dem mächtigen und überlegenen Unternehmer konnte die ungleiche Kräfteverteilung ausgeglichen und den Forderungen der Arbeiter Anerkennung verschafft werden. Hier und da sehen wir allmählich die Arbeitererschaft sich vereinigen.

Auch unter den Steinmetzen entstanden, zuerst in den großen baualtigen Städten, örtliche Fachvereine. Vertrauen in die Kraft des lokalen Vereins bildete die Grundlage ihres Vorgehens. Die Unzulänglichkeit dieser Organisationsform wurde durch die zunehmende Vereinigung der Unternehmer immer augenfälliger. Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, mußte die noch anhaftende zünftlerische Abgeschlossenheit aufgegeben werden. Es wurden Verbindungen mit den Berufskollegen an anderen Orten zum Zwecke der gegenseitigen Vertändigung und besonders der Unterstützung in Lohnkämpfen gesucht, zu deren Durchführung die eigene Kraft nicht ausreichte. Anfänglich blieben die Verbindungen nur auf gelegentliche, außerordentliche Fälle beschränkt. Die Entwicklung drängte aber nach einer dauernden und organischen Vereinigung. Beginnend mit dem Jahre 1872 führten diese Bestrebungen auch zu teilweisen, leider nur vorübergehenden Erfolgen. Kümmerlich und ohne wesentlichen Einfluß auf die Gesamtverhältnisse der Arbeitererschaft entstand ein „Verein der Steinmetzen Deutschlands“. Bekämpfung durch das Unternehmertum ließ diesen Verein bald wieder eingehen. Mangelndes Verständnis in Verbindung mit den durch das Sozialistengefeß geschaffenen Schwierigkeiten hemmten noch lange Jahre die einheitliche Zusammenfassung der in vielen Orten bestehenden lokalen Vereinigungen der Berufskollegen. Endlich brach sich die bessere Erkenntnis siegreich Bahn und erfolgte 1884 die Einberufung eines Steinmetzenkongresses nach Halle, auf dem der Grundstein unserer heutigen einheitlichen Organisation gelegt wurde.

Der 1872 gegründete „Verein der deutschen Steinmetzen“ stand schon vollständig auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung. Leider nahm er die Krankenkasse aus dem Gewerkeverein mit hinüber. Der Versuch, mit ungenügenden Beiträgen auskömmliche Unterstützung zu gewähren, ein Problem, an dem die H.-D.-schen Gewerkevereine seit 40 Jahren, ohne etwas gelernt zu haben, „studieren“, trug viel zum frühzeitigen Ende dieses Vereins bei. Der 1884 gegründete Verband trug von vornherein einen ausgeprägten Kampfscharakter, ohne Unterstützungseinrichtungen. Sogar die Reise-Unterstützung war der örtlichen Regelung überlassen. Auch in den folgenden Jahren verspürten wir keine Neigung unter den Steinarbeitern, Unterstützungseinrichtungen auf allgemeiner einheitlicher Grundlage einzuführen. 1893 protestierte der Frankfurter Kongreß gegen den im

vorhergehenden Jahre erfolgten Ausschluß der Steinarbeiter aus der Zentralkrankenkasse der Maurer, ohne die Gelegenheit zu einer Aussprache über die Einführung einer Krankenkasse innerhalb der eigenen Organisation zu benützen. Zwei Jahre später regte ein Delegierter in Breslau eine Stellungnahme zur Arbeitslosenunterstützung an, findet aber kein Verständnis bei den Kollegen. Der Kongreß geht zur Tagesordnung über. Nach abermals zweijähriger Frist erfolgte 1897 erstmalig eine Anfrage wegen Einführung einer Krankenunterstützung und bezeichnenderweise von einer Granit-arbeiterzählstelle. Nach kurzer Debatte wird das Ansuchen als Ausfluß der „Harmonieduselei“ energisch zurückgewiesen. Von jetzt ab kam die Frage nicht mehr zum Ruhen. 1898 führte sie schon eine rege Debatte herbei, wurde aber mit 29 gegen 12 Stimmen begraben. 1900 wurde in Gotha heiß um die Krankenunterstützung gerungen. Die Debatte führte aber nur zur Annahme eines Antrags, der die Zentralleitung verpflichtete, dem nächsten Kongreß geeignete Vorschläge zur Einführung einer Krankenzuschußkasse zu machen. Bis zum Jahre 1902 hatte sich dann endlich die Wandlung in dieser wichtigen Frage vollzogen. Von 42 Delegierten stimmten nur 7 gegen die Krankenunterstützung. Als aber nach dem Kongreß das vom Vorstand ausgearbeitete Statut den Mitgliedern zur Urabstimmung vorgelegt wurde, setzte eine heftige Opposition ein. Die Vorlage fand keine Gnade vor den Augen der Kollegen und wurde zurückgezogen. Die üblen Erfahrungen mit dem ersten Versuch ließen vorerst keine besondere Lust aufkommen, das Experiment zu wiederholen. Endlich, im Jahre 1906, erfolgte nach grimmiger Redeschlacht die Annahme der Krankenzuschußkasse mit 49 gegen 23 Stimmen. Die Kritik und die Spaltungsdrohungen von 1902 sind verstummt und herrscht wohl nur noch eine Stimme über die wohltätige Wirkung der Krankenzuschußkasse für die Mitglieder, ohne der Kampffähigkeit des Verbandes auch nur im geringsten Abbruch getan zu haben. Lange hat es gedauert, bis sich die Meinungen über die Unterstützungsfrage geklärt hatten, und manche gefährliche Klippe mußte umschifft werden, aber auch hier hat sich eine vollständige Wandlung der Anschauungen der Kollegen vollzogen.

Noch ist diese Frage nicht zum Abschluß gebracht und neue Probleme harren der Lösung. Vorerst ist es die Erwerbslosenversicherung, die im Vordergrund der Debatte steht. Von 18 Befürwortern 1906 fiel deren Zahl 1908 auf 16. Doch ist es nicht prinzipielle Abneigung gegen diesen Unterstützungsweig, sondern Bedenken finanzieller Art, die einen Umschwung der Meinung in absehbarer Zeit unwahrscheinlich machen.

Manche andre Wandlungen haben im Laufe der Zeit die Auffassungen und Strömungen unter den Kollegen erfahren. Doch alle zeigen sie in ihrer Richtung die Entwicklung nach vorwärts. Langer Zeiträume hat es bedurft, um dem Volkommeneren die Bahn zu öffnen. Falsch ist aber die oft gehörte Meinung, erstrebenswerte Verdollkommnungen mit aller Gewalt zur Verwirklichung zu bringen, noch ehe sie zur Frucht gereift sind. In allen diesen Strömungen sehen wir mit Deutlichkeit die Anpassungen und Ansichten an die Umformung der einwirkenden Verhältnisse. Nach sind wir nicht am Ende aller Entwicklung angekommen. Im unendlichen Wechsel wird diese ihre Bahn verfolgen und die Menschheit im Gange der Dinge mit der fortwährenden Revision ihrer Ansichten folgen.

Die freien Gewerkschaften im Jahre 1908.

Das dritte Krisenjahr hat den freien Gewerkschaften Deutschlands 33 775 Mitgliederverlust gebracht, dies ist das Resultat der Jahresstatistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Im Jahresdurchschnitt betrug die Zahl der freiorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen:

Jahr	Zahl	Zu- resp. Abnahme	in Proz.
1900	680 427	—	+ 17,2
1901	677 510	—	—
1903	887 698	+ 154 492	+ 21,0
1905	1 344 803	+ 292 695	+ 27,8
1907	1 865 506	+ 175 797	+ 10,4
1908	1 831 731	- 33 775	- 1,8

Die Mitgliederzahl betrug im 4. Quartal 1908 1 797 963. Die Abnahme von rund 34 000 Mitgliedern muß und kann als nicht allzu bedeutend bezeichnet werden; zu beachten ist ja, daß darin auch alle die Arbeiter, die durch die Herabminderung der Beschäftigung organisationslos geworden, enthalten sind. Auf jeden Fall kann gesagt werden, daß unsere deutschen Gewerkschaftsorganisationen sehr fest gefügt sein müssen, sonst hätten sie die wirtschaftlich ungünstige Zeit nicht so relativ günstig durchhalten können.

Für die einzelnen Industriegruppen ergibt sich die Zu- resp. Abnahme der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter nach dem Jahresdurchschnitt in folgender Zusammenstellung: Baugewerbe 1908 346 194 Mitglieder, gegen 1907 36 657 weniger; Metallindustrie 402 735, mehr 3476; Textilarbeiter 116 403, mehr 4862; Handels- und Transportarbeiter 130 464, mehr 1922; Bekleidungsindustrie 91 880, weniger 1596; Bergarbeiter 112 192, mehr 1304; Holzindustrie 162 834, weniger 4508; Nahrungsmittelindustrie 90 621, mehr 1488; Gastwirtschaften 10 011, mehr 131; Gärtner 4800, weniger 152; Industrie der Steine und Erden 1908 58 586, weniger 3047; Papier- und Lederindustrie 48 341, weniger 303; Polygraphisches Gewerbe 86 820, mehr 3338; sonstige Berufe 170 474, mehr 9751.

Demnach hat im besonderen das Baugewerbe stark gelitten, hier war wohl auch die Arbeitslosigkeit mit am stärksten und andauerndsten. Dann ist es die Holzindustrie und die Industrie der Steine und Erden, die noch größere Mitgliederverluste zu verzeichnen haben, gegenüber den absoluten Zahlen erscheinen die Verluste aber nicht allzuschwer.

Beachtenswert erscheint, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder von dem Rückgang nicht betroffen ist. Im vorhergehenden Jahre waren es 136 929, für das Berichtsjahr ergeben sich als Jahresdurchschnitt 138 443 Mitglieder, also eine recht erfreuliche Steigerung.

Die Finanzen des Jahres 1908 spiegeln für die Gewerkschaften noch durchaus das Bild wirtschaftlicher Depression wieder. Die Einnahmen, die 1906 41,6 Millionen betragen, und 1907 auf 51,4 stiegen, sind auf 48,5 Millionen gefallen. Der Rückgang ist nicht nur durch den Mitgliederverlust, sondern auch durch weniger Beiträge und weniger Extrasteuern für Kämpfe geschaffen, das letztergenannte wird aber wohl behoben durch die Extrasteuern für Arbeitslose. Die Ausgaben lauten für die drei Jahre 36,9, 43,1 und 42 Millionen. Der Vermögensbestand zeigt aber für das Jahr 1908 keinen Rückgang, sondern im Gegenteil ein weiteres erfreuliches Wachstum, die Zahlen lauten, wieder für 1906 bis 1908, 25,3, 33,2 und 40,8 Millionen Mark! Die Finanzen der zentralen Gewerkschaften sind demnach nach wie vor gute. Unter den einzelnen Organisationen hatten die Buchdrucker pro Kopf ihrer Mitglieder berechnet die höchsten Gesamteinnahmen, bei ihnen beträgt die Quote 72,82 Mark im Jahr, bei den Notensetzern 63,07, den Lithographen 59,33 und den Bildhauern 45,42 Mk. In eigentlichen Beiträgen stehen bei derselben Berechnung also pro Jahr und Kopf die Notensetzer an der Spitze aller Gewerkschaften mit 57,07 Mk., ihnen folgen die Lithographen mit 55,64 Mk. Werden die Mitglieder aller Gewerkschaften gleich Hundert gesetzt, so ergibt sich, daß einen Jahresbeitrag von 10,40 Mk. und darunter 5,07 Prozent leisten, 20,80 Mk. zahlen 18,87 Proz., 26 Mk. 15,08 Proz., 31,20 Mk. 20,81 Proz., 54,60 Mk. Jahresbeitrag und noch darüber zahlen 3,91 Proz. aller Mitglieder der freien Gewerkschaften.

Die Ausgaben in den einzelnen Posten weisen gegenüber den Vorjahren ganz erhebliche Minderungen auf. Die folgende Zusammenstellung zeigt dies für die Streiks, die Maßregelungen, die Arbeitslosen- und die Krankenunterstützung.

Ausgaben für	1906	1907	1908
Streiks	13 748 412 M.	13 196 363 M.	4 819 399 M.
Maßregelungen	795 209 "	1 010 045 "	1 440 263 "
Arbeitslosenunterstützung	2 653 296 "	6 527 577 "	8 134 888 "
Krankenunterstützung	3 281 741 "	3 452 822 "	8 473 853 "

Die Ausgaben für Streiks sind also um rund neun Millionen Mark seit 1906 zurückgegangen, dafür sind aber Maßregelungsausgaben, Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung und Krankenunterstützung riesig emporgeschwollen. Diese einschneidende Umbildung der Ausgabenquoten hat selbstverständlich gar nichts mit einer Umbildung im Wesen der Gewerkschaften zu tun, es ist einfach der Ausdruck der Anpassung der Gewerkschaften an ihren Zweck, der sich darin ausdrückt, dem Arbeiter stets eine Hilfe zu sein.

Seit dem Jahre 1891, von da an besteht die gewerkschaftliche Statistik, haben die freien Gewerkschaften rund 65 Millionen für Streiks, 28 Millionen für Arbeitslosenunterstützung und 25 Millionen für Krankenunterstützung ausgegeben!

Das Fazit des Jahres 1908 ist, daß die Gewerkschaften die wirtschaftlich ungünstigen Zeiten zwar merken an der Umänderung ihrer Einnahme- und Ausgabenposten, aber das solche ungünstige Zeiten die Organisation in ihrem Bestand gefährden könnten, ist endgültig vorbei, die Gewerkschaften wurzeln fest und sicher, die Arbeiter wissen den Wert ihrer Organisationen und ihrer Leistungen — 26 Millionen Mark an Unterstützungen im Jahre 1908 — sehr wohl zu schätzen. Das Proletariat ist organisiert!

Korrespondenzen

Brandenburg. Am 12. Juli fand unsere Monatsversammlung statt. Die Abrechnung vom 2. Quartal wurde vom Kassierer verlesen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Eine lebhafteste Debatte entspann sich über die Maßverhältnisse der Firma Palacios. Selbige suchte bei tarifmäßiger Bezahlung Streikmeinen. Da die Firma mit Arbeit überhäuft ist, versucht Herr Palacios die Löhne zu reduzieren, indem er den Fremden 58 Pfg. Stundenlohn anbietet. Wir raten dem Herrn Palacios, sich erst über Steinmetzverhältnisse zu erkundigen, ehe er Steinmetzen beschäftigt, da er als Laie nicht sagen kann, so und so viel müssen sie den Tag machen, sonst komme ich nicht zurecht. Im Jahrgang 1908 preist dieser Herr im „Steinbildhauer“ seine Kunststeinentwürfe als Denkmäler der Zukunft an. Diese Zukunftsentwürfe auf 10 Schritt Entfernung anzusehen genügt, um das richtige Urteil zu fällen. Einem Kranken wurden 19 Mk. bewilligt, wofür jeder Kollege 1 Mk. zu steuern hat.

Demig-Thumitz. Unter den Steinarbeitern wird es überall mit Freuden begrüßt, daß die seit 1902 bestehende Schutzbestimmung für Steinarbeiter eine Verbesserung erfahren hat. Entspricht auch diese winzige Verbesserung keineswegs den Wünschen der Kollegen, so ist sie doch als Fortschritt zu bezeichnen, was zweifellos auf das Drängen des Steinarbeiterverbandes zurückzuführen ist. Da schon die frühere Verordnung von den Steinindustriellen als lästig empfunden und bereits im Jahre 1904 dagegen petitioniert wurde, um eine Verschlechterung herbeizuführen, wird dies mit der neuen erst recht der Fall sein. Pflicht der Kollegen ist es daher, dafür zu sorgen, daß die neue Verordnung zum Schutze für Leben und Gesundheit der Steinarbeiter nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch zur Geltung kommt. Dazu gehört vor allen Dingen eine gute Organisation. Sehr zu bedauern ist, daß für die Steinmetzen der Hartsteinindustrie die Arbeitszeit nicht gesetzlich geregelt ist und diese somit von den Unternehmern nach Belieben beschäftigt werden können. Gerade im Demig-Thumitzer Granitgebiet wird diese Arbeiterkategorie aufs äußerste ausgebeutet. Eine 13stündige und noch längere Arbeitszeit ist keine Seltenheit, und es ist kein Wunder, wenn diese ausgebeuteten Kollegen im besten Mannesalter dem Siechtum verfallen. Nur die schlechte Entlohnung zwingt diese Kollegen, ihre Arbeitskraft zum Schutze ihrer Gesundheit übermäßig anzuspannen. Daß sich die Unternehmer leicht über Leben und Gesundheit der Arbeiter hinwegsetzen und nur Profit ihre Forderung ist, zeigt, daß nicht einmal der § 9 der Bundesratsverordnung eingehalten wird. Dieser Paragraph sagt ausdrücklich, daß diejenigen Arbeiter, welche bei der Steingewinnung verwendet werden, nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden dürfen. Gerade dieser Paragraph wird fast überall umgangen. Sogar die Firma Kunath, welche im Demig-Thumitzer Granitgebiet in Bezug auf Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und sanitären Einrichtungen als Musterbetrieb gilt, hat sich noch nicht dazu aufraffen können, diese gesetzliche Bestimmung strengstens durchzuführen. Es ist schon viel beobachtet worden, daß Arbeiter bei der Steingewinnung bis abends spät beschäftigt sind oder abends nach 6 Uhr mit Pflasterstein schlagen oder mit andern Arbeiten beschäftigt werden, welche ebenfalls am Tage bei der Steingewinnung tätig waren. Auch kommt es vielfach vor, daß Arbeiter, welche den ganzen Tag mit Abräumungsarbeiten oder beim Transport beschäftigt sind, abends oder früh vor Arbeitsbeginn Bohrlöcher herstellen. Fast noch schlimmer sieht es bei der Firma Sparmann und bei einigen kleinen Unternehmern aus. Dort scheint es fast, als hätten die betreffenden Unternehmer gar keine Ahnung von dem Betre-

einer Bundesratsverordnung. Dieser Zustand ist um so verwerflicher und dringender der Abhilfe bedürftig, da diese Kollegen früh vor 8 Uhr und abends nach 8 Uhr bei dieser lebensgefährlichen Arbeit vollständig ohne Luftlicht arbeiten, da doch die Aufsicht der Bruchmeister und Poliere früh 8 Uhr beginnt und abends 6 Uhr endet. Man könnte fast glauben, daß die Herren Betriebsleiter und Unternehmer von dieser ungesunden Handlungsweise gar nicht unterrichtet sind, denn sonst könnten sie unmöglich derartige Zustände dulden. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, die Herren hiermit darauf aufmerksam zu machen und erwarten, daß sie derartige unzulässige Zustände beseitigen, um der Behörde nicht Anlaß zum Einschreiten zu geben.

Rappeltobed. Am 11. Juli tagte unsere Generalversammlung. Der 1. Punkt wurde kritisch behandelt seitens der Italiener. Es handelt sich um rückständige Beiträge. Sie wollen warten, bis die Kasse in andern Händen ist. Die Italiener schenken der alten italienischen Verwaltung keinen Glauben mehr. Es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen. Die Einnahme der Statistiken fiel sehr mangelhaft aus, es wurden nur vier Statistiken abgegeben. Der 3. Punkt fand seine Erledigung, indem 4 Deutsche und 4 Italiener in die Tarifkommission gewählt wurden. Im Punkt Verschiedenes wurde von dem Vorsitzenden auf die neue Bundesratsverordnung aufmerksam gemacht.

Janowitz. Die Steinarbeiter des Riesengebirges arbeiten im großen und ganzen noch in wildem Afford. Daß bei diesem System der Arbeiter nur mit Anstrengung all seiner Kräfte einigermaßen etwas verdienen kann, ist klar. Nun hat seit einem reichlichen Jahre die Organisation festen Fuß gefaßt und die Kollegen sind drauf und dran, Arbeitszeit und Löhne tariflich festzulegen. Die Einleitung in der Sache machte die hier vor kurzem stattgefundene außerordentliche Mitgliederversammlung. Eine Tarifkommission wurde gewählt. So ist die begründete Aussicht vorhanden, daß die Lohnbewegung hier in friedlicher Weise erledigt wird. An dieser Stelle sei den Kollegen noch mitgeteilt, daß am 8. August das erste Stiftungsfest stattfindet; da das Programm ein reichhaltiges sein wird, eruchen wir die Verbandsmitglieder, sich vollzählig daran zu beteiligen.

Meißen I. Saubere Beitragsleistung scheint bei der sogenannten „Freien Vereinigung“ (gelbe) der Steinarbeiter von Meißen Miß gewesen zu sein. Wie wir aus einer vorliegenden Mitgliedsliste ersehen, hat der Gründer und 1. Vorsitzende seit 7. Dezember 1907 ganze neun Beiträge nicht entrichtet. Johannes Erdmann, von Beruf Steinmetz, soll gleichfalls die Rednerische des Reichsverbandes (Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie) besucht haben. Es nimmt nicht Wunder, wenn eine Spottgeburt wie die Freie Vereinigung so ohne Gang und Klang verfährt, wenn die Beitragsleistung so miserabel war. Wir wissen nicht, wo Erdmann (in Bautzen gebürtig) jetzt sein arbeiter-schädigendes Domizil aufgeschlagen hat. Meißen hat er verlassen, da er im Afford nichts verdienen konnte. Es mag auch viel beigetragen haben, daß sein Gönner Köhler bankrott war. Die gelbe Sippigkeit hat hier sehr schlechten Boden gefunden, doch wird mancher Geschäftsmann sie länger in Erinnerung behalten. Vom Bericht zuerst beschützt wie ein Kleinod, trotzdem das Vorleben einzelner kein tadelloses war, kamen bald die standalösesten Vorkommnisse zutage.

Mühlheim. Die Zustände in Mühlheim a. d. Ruhr sind tieftraurig. Hier sind zwei Steinbrüche, aber kein Unternehmer hält die Bundesratsverordnung inne. Arbeitsbuden gibt es überhaupt nicht, so daß die Steinhaue im Regen arbeiten müssen. Trotzdem der Polizeikommissar die Brüche revidiert hat und er die Leute zu sich bestellte, wo sie ihm erklären mußten, wie lange die Stöber, Ripper und Steinhauer arbeiteten, trotzdem schaffen die Leute länger, wie es ihnen das Gesetz vorschreibt. Besonders die deutschen Ripper von der Firma Weiland sind es, die über die Bundesratsverordnung höhnen, indem sie erklären, daß sie machen könnten was sie wollten. Es ist wohl die höchste Zeit, daß sich die Herren von der Polizei etwas mehr um die Bundesratsverordnung kümmern.

Döhsenburg. Hier fand am 18. Juli unsere halbjährige Generalversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Unter Punkt 1 gab der Vorsitzende Kollege Kautter ein Schreiben der Gewerbeinspektion bekannt. (Warum wurde das Schreiben nicht im Wortlaut im Bericht erwähnt? Redaktion.) Unter Punkt 2 erhaltete der Vorsitzende den Tätigkeitsbericht. Derselben ist zu entnehmen, daß neun Versammlungen stattgefunden haben. Der Versammlungsbefuch war durchschnittlich 60 Prozent. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in fünf Ausschüßsitzungen. Ebenfalls fand hier am 2. Mai die Bezirksmaifeier statt, an der sämtliche Kollegen sich beteiligten. Auch wurde eine Agitationstour nach Güglingen unternommen, an der sich aber leider die Kollegen von Leonbronn schlecht beteiligten. Bei der Firma Trentle wurden am 2. Januar 8 Kollegen gemahregelt. An den Lohnbewegungen und Streiks war die hiesige Zahlstelle mit 47 Kollegen beteiligt. Bei der Gründung unserer Zahlstelle ließen sich 20 Kollegen aufnehmen, die Mitgliederzahl stieg bis jetzt auf 70. Wegen Streikbruchs mußten 5 Kollegen ausgeschlossen werden. Abgereicht infolge des Mühlbacher Streiks sind 11 Kollegen und 2 sind ausgetreten. Kassierer Widinger erstattete den Kassensbericht. Unter Punkt 3 wurden die Kollegen Schmidt-Döhsenburg und Herrmann-Leonbronn als Beisitzer gewählt.

Offenbach a. M. Am 13. Juli fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Im Punkt 1 verlas der Kassierer die Quartalsabrechnung, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Beim 2. Punkt gab der Delegierte den Kartellbericht, bei welchem er einige wichtige Vorkommnisse erläuterte. Es wurde hauptsächlich die Jugendorganisation besprochen, die ins Leben gerufen werden soll. Beim 3. Punkt brachten einige Kollegen Beschwerden vor, die von großer Wichtigkeit waren. Es handelt sich um das übermäßige Wuchten. Es wurde den Kollegen klar gelegt, daß die Wucherei nicht für sie, sondern für den Meister ein großer Vorteil ist.

Schmalkalben-Protterode. Am 11. Juli fand in Protterode unsere Versammlung statt. Da es sich um unsern Streik handelte, so hielten es die Schmalkalder Kollegen trotzdem nicht für nötig, die Versammlung zu besuchen. Unser Streik, welcher am 28. Juni begann, endete schon am 6. Juli mit Erfolg, denn das abgezogene Geld wurde den Kollegen nachgezahlt und der Tarif anerkannt. Herr Köppler wollte unsern Verband aus seinem Betriebe rausgrauen. So kam Herr Köppler nach einer Woche und suchte uns wieder auf, denn das Suchen nach Streikbrechern in Bayern scheint ihm nicht gut bekommen zu sein.

Zeitzsch. Vor der Versammlung, am 4. Juli wurden vom Gauleiter die Bücher revidiert und für richtig befunden. Mittermeier schilderte den Kollegen die sehr gute Entwicklung der Zahlstelle Zeitzsch, daß sie sich seit 1 1/2 Jahren so emporgeschungen hat und jetzt die stattliche Zahl von 107 Mitglieder aufweisen könne. In der Diskussion wurde hauptsächlich noch über die Bundesratsverordnung gesprochen. In den Brüchen am Rudolfsstein sieht es sehr schlecht aus. In den Buden liegt der Schutt gleich meterhoch; wenn die Steinmetzen noch 14 Tage darin arbeiten, dann kommen sie oben zum Dach heraus. Der Polier Joseph Schwarzmilller behandelt die Leute in unerhörtester Weise. Er machte sogar den Versuch, tätlich zu beleidigen. Dem Genannten werden aber die hiesigen Steinarbeiter zeigen, daß sie seine Grobheiten nicht so ohne weiteres in den Kauf nehmen. Ein Mensch, der in dieser Weise auftritt, hat jede Achtung vor den Arbeitern verloren. Hierauf wurde die Versammlung, welche gut besucht war, durch ein Hoch auf den Steinarbeiterverband vom Vorsitzenden geschlossen.

Striegau. Die Unternehmer stellen diejenigen Kollegen, die während des Streiks abreisten, nicht mehr ein. Unternehmersseits besteht eine dementsprechende Verabredung. Um die angehäuften Aufträge erledigen zu können, sollen die Kollegen

ohne — Zuschlag Ueberstunden machen. Diese werden natürlich verweigert. — Ein christlicher Sekretär wollte hier im Trüben fischen, er mußte, ohne einen Erfolg erzielt zu haben, von dannen trotten. — Zugug nach Striegau ist streng fernzuhalten.

An die Schriftführer!

Wir müssen es als einen großen Mangel empfinden, daß die Schriftführer und Streikleiter bei allen Aktionen erst verspätet an das Verbandsorgan berichten. Wer keine Zeit hat, nach abgehaltener Versammlung den Bericht abzufassen, mag seinen Schriftführerposten niederlegen. Die Verbandsmitglieder selbst müssen darauf dringen, daß die Berichterstattung eine äußerst schnelle wird. Alle Berichte müssen streng wahrheitsgemäß sein, Aufbauschungen sind zu unterlassen.

Bei Streiks müssen wir meist erst die Situationsberichte einfordern; diese Nachlässigkeit einiger Streikleitungen artet geradezu zum groben Unfug aus. Ist der Streikleiter mit Arbeiten überlastet, dann kann doch ohne weiteres ein Mitglied des Streikkomitees mit der Abfassung der Einfindungen an das Verbandsorgan beauftragt werden. Wenn in den Streikorten gut disponiert wird, dann kann „Der Steinarbeiter“ sicherlich frühzeitig über alle Vorkommnisse berichten.

Auch einige Gauleiter berichten recht faumfelig. Die Redaktion hegt den dringendsten Wunsch, daß sich auch diese Funktionäre an eine schnellere Berichterstattung gewöhnen möchten. Die Redaktion.

Rundschau.

Aus dem Aussperrungsgebiet des Baugewerbes in Oberschlesien ist zu melden, daß die Aussperrung von 44 Arbeitgebern vorgenommen worden ist, und zwar erstreckt sie sich auf die Orte Rattowitz, Bismarckhütte, Beuthenschomburg, Hohelinde, Schwientochlowitz, Königshütte, Antonienhütte, Laurahütte, Gleiwitz, Jabrze und Jabhorze. Die Unternehmer beschäftigten vor der Aussperrung rund 2000 Maurer und ebensoviel Bauhilfsarbeiter. Mehrere Unternehmer versuchten mit allen Mitteln der Ausrede und Verbedung und unter Verbedung des wahren Sachverhalts einen Teil der Arbeiter für die wichtigen und dringenden Arbeiten zu erhalten, so daß am Dienstag von den vorher beschäftigten 144 Polieren, 1999 Gesellen und 309 Lehrlingen noch 74 Poliere, 306 Gesellen und 145 Lehrlinge bei der Arbeit waren. Inzwischen haben aber von diesen Arbeitern viele die Bauten verlassen. — Die Haltung der Streikenden ist, unter Berücksichtigung der Verhältnisse, gut. Die Polizeibehörde verhält sich bis jetzt passiv. Die Unternehmer sind von ihrem ursprünglichen Voratz abgegangen und haben nun doch die Mitglieder der Fachabteilung und die Unorganisierten ebenfalls ausgesperrt. Die Leitung dieser Talmiarbeiterorganisation regt sich nun über dieses Verhalten der Arbeitgeber ganz gewaltig auf und liest ihnen in Versammlungen und in Zeitungsartikeln ganz gehörig die Leviten. In Nr. 157 des „Oberschlesischen Kuriers“ gibt der Verbandsvorstand katholischer Arbeitervereine eine Darstellung der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverbande, wobei er zugibt, daß der Wille bestand, die Mitglieder anzuhalten, während der Aussperrung der freien Verbände und der christlichen Organisation zu den alten Bedingungen unter einem verschlechterten Vertrage weiterarbeiten zu lassen. Es heißt dann: „Wenn nun der Arbeitgeberverband trotzdem in letzter Stunde zur allgemeinen Aussperrung griff, so hat er damit nur bewiesen, daß ihm an einer friedlichen Beilegung des Lohnstreiks nicht viel gelegen ist und er den Kampf geradezu gewollt hat.“ — Die Unternehmer zeigten also für diese Liebedienste gar kein Verständnis.

Die Einigungsverhandlungen im Hamburger Baugewerbe gescheitert. Das Einigungsamt des Gewerbegerichts in Hamburg trat Mittwoch, vormittags 10 Uhr, zusammen. Die Verhandlungen haben bis 1/2 Uhr gedauert; dann trat eine einstündige Pause ein. Nach dieser Pause hat das Einigungsamt folgenden Vermittlungsvorschlag gemacht: Der Baugewerbeverband hat sofort die Aussperrung aufzuheben und das Material freizugeben. Die Arbeiter aller Berufe nehmen zunächst bedingungslos die Arbeit wieder auf. Der Baugewerbeverband verpflichtet sich ferner, vom 14. November d. J. ab in Verhandlungen über eine Lohnerhöhung einzutreten.

Zu diesem Vermittlungsvorschlage erklärten die Vertreter der Arbeiter, auf dieser Basis nicht weiter verhandeln zu können. Der Vertreter der Arbeitgeber weigerte sich, eine Erklärung zu diesem Vermittlungsvorschlage abzugeben.

Alsdann hat das Einigungsamt kurze Beratung unter sich gepflogen, und hierauf erklärte der Vorsitzende Rat Boyen, daß er sich enthalte, seine Stimme abzugeben, und somit könne ein Schiedsspruch nicht gefällt werden. — Die Verhandlungen, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden, sind somit resultatlos verlaufen.

Die Zeiten der Teuerung, die durch die Steuererhöhungen so wirkungsvoll vorbereitet wurden, müssen manchen besorgten Familienvater zum Nachdenken über die Frage veranlassen, was nun zu tun sei, um Einkommen und Kosten für den Lebensunterhalt in Einklang zu bringen. Die Sache wäre ziemlich einfach, wenn man die Ursachen der Teuerung: das protektionistische Wirtschaftssystem, die Kartelle und Syndikate, die Steuererhöhungen und dergleichen leicht aus der Welt schaffen könnte. Jedermann weiß aber, daß das nicht so einfach zu bewerkstelligen ist. Blicke noch der andre Weg, das Einkommen so zu erhöhen, daß es ausreicht, die gestiegenen Kosten der Lebensführung zu decken. Die Berufsorganisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften, wirken in diesem Sinne. Aber, wie jedermann weiß, leicht ist es für die Gewerkschaften in der heutigen Zeit nicht, Lohnerhöhungen durchzubringen. Unter diesen Umständen gewinnt die dritte Methode, Einkommen und Kosten für den Lebensunterhalt miteinander in Einklang zu bringen, an Bedeutung für den Arbeiterhaushalt. Diese dritte Methode besteht darin, dem vorhandenen Einkommen eine größere Kaufkraft zu verleihen. Ueberall ist der Handel mit Lebensmitteln und notwendigen Gebrauchsgütern zerplüßert. Zahl-

reiche Zwischenhändler verteuern die Waren ganz ungebührlich. Nach der Berufs- und Gewerbebeziehung kommt auf etwa 35 Einwohner Deutschlands eine Handelskraft. Diese Händler belasten natürlich die Konsumenten, denn sie leben von den Aufschlägen, die sie auf die Waren legen. Für das gleiche Geld könnten die Konsumenten mehr Waren beziehen wie heute, wenn es gälte, eine Organisation der Warenverteilung herbeizuführen, die das Heer der Zwischenhändler verringert und die Konsumenten von den Tributen befreit, die sie heute an die Zwischenhändler zahlen haben. Eine solche Organisation ist durchaus möglich, die ersten Ansätze dazu sehen wir in den Konsumvereinen. Der Konsumverein schaltet überflüssige Zwischenglieder aus; er läßt den Gewinn, den die Zwischenhändler bisher erzielten, den Konsumenten zugute kommen und erhöht auf diese Weise die Kaufkraft des Einkommens. Familienväter und Familienmütter seien daher gerade jetzt nachdrücklich auf die Konsumvereine hingewiesen, als auf ein Mittel, mit dem man den Folgen der Teuerung wenigstens teilweise entgegenwirken kann.

Unternehmerorganisationen. Der Verband thüringischer Industriellen soll nach dreimonatigem Bestehen schon 500 Firmen mit ungefähr 80 000 beschäftigten Arbeitskräften umfassen. Der Verband sächsisch-thüringischer Webereien hatte am Ende des 4. Berichtsjahres einen Mitgliederbestand von 263 in 6 Ortsgruppen organisierten Mitgliedern, die 36 000 mechanische Webstühle beschäftigten. Diese starken wirtschaftlichen Vereinigungen der Unternehmer sind eifrig bestrebt, auf die Regierungen und die Gesetzgebung starken Einfluß auszuüben, um ihre selbsttätigen Interessen durchzusetzen.

Ein Bürgermeisterstücklein gegen Arbeitslose. Die jetzige Krise macht sich auch in sächsischen Kleinstädten bemerkbar; daher wird auch dort jetzt ein Mangel an Arbeitsgelegenheit in so empfindlicher Weise fühlbar, wie seit Jahrzehnten nicht. Das ist auch in dem Städtchen Königstein der Fall. Dem dortigen Bürgermeister scheint es aber auf die Nerven gefallen zu sein, wenn sich das Glend der Arbeitslosigkeit öffentlich zeigt. Wer aber nun glaubt, dieser Bürgermeister sei darauf bedacht gewesen, etwa durch Notstandsarbeiten die Folgen der Arbeitslosigkeit zu beseitigen und zugleich den gewollten Zweck zu erreichen, die Arbeitslosen von der Straße wegzubringen, irrt sich sehr. In Königstein macht man das anders, wie folgendes Schreiben zeigt, das gegen 30 Arbeitern in Königstein zugestellt worden ist:

Königstein, 15. Juli 1909.

Herrn A. A., hier.

Durch die städtischen Polizei-Aufsichtsorgane ist angezeigt und es ist auch sonst beobachtet worden, daß Sie des öfteren zu meist in Gemeinschaft mit Ihresgleichen auf dem hiesigen öffentlichen Droschkenthalteplatze, dem Reinspade oder auch sonstigem öffentlichen Verkehrsraume wozelnd umherstehen, dem geschäftigen Teile des Publikums durch breites Stehen auf Fußsteigen den Weg versperren, auch durch Haltung, Reden und Gebaren (Trinken von Brantwein auf offener Straße), das Empfinden des anständigen Publikums verletzen.

Es wird Ihnen daher hiermit verboten:

1. Das Umherbummeln, Herumstehen und auffällig langsame Gehen auf folgenden hiesigen Straßen und Plätzen: Bahnhofstraße, Hermann-Bering-Straße, Meißigerplatz, Droskenthalplatz, Reinspad, Dampfschiffanbestelle, Fußweganlagen vor Philipps Hause Nr. 177 und den öffentlichen Plätzen unter sämtlichen Eisenbahnviaduktbögen.
2. Das Zusammenstehen und -gehen mit Ihresgleichen auf den genannten Straßen und Plätzen.
3. Der Aufenthalt auf Straßen und Plätzen hiesiger Stadt in angetrunkenem Zustande.
4. Das Trinken von Schnaps auf offener Straße.
5. Das Ansprechen des auf den Straßen verkehrenden Publikums.

Für jeden Zuwiderhandlungsfall wird Ihnen hiermit eine Haftstrafe von 14 Tagen angedroht.

Der Stadtrat.

Engelmann, Bürgermeister.

Wenn man diese Verfügung liest, so ist man zunächst geneigt, die ganze Sache als einen gelungenen Scherz aufzufassen. Aber sie ist leider bitter ernst! — Es ist wirklich herrlich auf der „schönsten aller Welten“ für den Arbeiter. Die Pflicht zu arbeiten hat er, aber kein Recht auf Arbeit. Verurteilt ihn nun die heutige Gesellschaftsordnung dazu, die Hände müßig in den Schoß zu legen und dabei auch noch zu hungern, so darf er dieses Glend auch noch nicht einmal öffentlich zeigen; er muß sich damit verstecken — sonst läuft er Gefahr, mitlamm dem Glend, das er empfindet, vierzehn Tage „im Interesse des Gemeinwelsens“ versteckt zu werden. Die obige Verfügung haben auch einige Leute erhalten, die sich aus Prinzip des Alkoholgenusses gänzlich enthalten.

Hoffentlich wird auch der Oberbehörde dieser wunderliche Erlaß eines sächsischen Bürgermeisters zur Nachprüfung vorgelegt.

Auf der Bauarbeiter-Konferenz in Düsseldorf wurde über die schlecht durchgeführte Bundesratsverordnung der Steinarbeiter sehr gellagt. Folgende Resolution fand Annahme: „Die am 11. Juli zu Düsseldorf tagende Bauarbeiter-Konferenz der baugewerblichen Berufe von Rheinland und Westfalen ist der Ueberzeugung, daß die unter dem 20. März 1902 erlassene Bundesratsverordnung für Steinarbeiter, soweit der Schutz derselben auf Bauten Anwendung findet, durch die geringe, unzulängliche Baukontrolle nicht, oder nur mangelhaft durchgeführt wurde. Die wiederholten Baukontrollen haben ergeben, daß die neunstündige tägliche Maximalarbeitszeit teilweise weit überschritten wurde und auch über den Werkstätten, die am Bau fertiggestellt werden, keine Schutzhäuser vorhanden waren. Die Steinarbeiter verlangen deshalb, daß die Baukontrolle bezüglich der Durchführung der Bundesratsverordnung eine weit bessere wird als bisher; die Baupolizeibehörden sind verpflichtet, die Bestimmungen der Bundesratsverordnung, soweit sie für unsern Beruf Anwendung finden, einer ganz besonderen Beachtung zu würdigen.“

Mitarbeit erwünscht. Der am 1. Juni d. J. gegründete Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter mit dem Sitz in Berlin SO. 18, Michaelkirchplatz 1, II, ist bei seiner Agitation in der Hauptsache auf die Mitarbeit der organisierten Arbeiter in den kleineren ländlichen Orten und auf den Gutshöfen angewiesen. Die Organisationsarbeit des neuen Verbandes kommt der gesamten Arbeiterbewegung zugute; deshalb eruchen wir die Kollegen, welche in Zahlstellen oder als Einzelmitglieder in solchen ländlichen Gebieten arbeiten, die für den Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter in Frage kommen, sich an der Agitation lebhaft zu beteiligen. Man wende sich brieflich an den Verbandsvorstand Georg Schmidt, Berlin SO. 18, Michaelkirchplatz 1, II.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 30.

Sonntag, den 24. Juli 1909.

13. Jahrgang.

Wirtschaftliche Rundschau.

Wirtschaftliche Wirkung der neuen Steuern. — Wertsteigerung des mobilen Kapitals. — Die Geschäftslage im Eisengewerbe.

Nicht nur die Verhandlungen über die Finanzreform, sondern erst recht die Annahme der verschiedenen Steuern beeinflussen das Wirtschaftsleben in ziemlichem Grade. Wenn auch die Wirkungen nach der wirtschaftlichen Seite besonders gerne übertrieben werden, so dürfte doch so viel feststehen, daß die in erster Linie von den Steuern betroffenen Kreise suchen werden, sich der neuen Belastung nach Möglichkeit zu entziehen, die Steuern entweder abzuwälzen oder durch Steigerung der Einnahmen den Steuerdruck möglichst bald wieder zu beheben. Gerade die überaus starke Belastung des Konsums wird dazu führen, daß die verschiedenen Konsumentenschichten auf eine Erhöhung ihres Einkommens bedacht sein werden. Da gibt es eine Verlebung auf dem wirtschaftlichen und sozialen Kampffeld, die in gleichem Grade nicht eintreten würde, wenn die steuerliche Belastung jetzt nicht gekommen oder wenigstens anders ausgefallen wäre. Wirte und Brauereien wollen zusammenstehen, um gemeinsam einen erhöhten Bierpreis durchzuführen — eine Absicht, die nicht so leicht zu verwirklichen ist. Viel schwieriger aber wird es für das Tabakgewerbe werden, die Steuererhöhung glatt auf den Konsum abzuwälzen. Im Tee- und Kaffeehandel drohen auch durch die überaus starke Vorversorgung, die in den letzten Monaten noch stattgefunden hat, Reibungen, die wenigstens eine rasche Abwälzung auf den Konsum erschweren könnten. Auch bei den Besteuern, namentlich bei der Salonsteuer, werden wir noch manche Ueberfraktionen erleben; teilweise wird man diese Steuer zu umgehen wissen, was ja sehr leicht zu sein scheint, teilweise werden die betroffenen Gesellschaften durch Steigerung der Rente dem Aktionär einen Ausgleich für die Belastung zu bieten suchen. Nicht zuletzt aber werden auch die Arbeiter als das Hauptgros der Konsumenten die steuerliche Belastung durch Erhöhung des Lohnniveaus auszugleichen bestrebt sein. So werden die neuen Steuern das Streben in den einzelnen betroffenen Bevölkerungsschichten wecken, möglichst bald einen Ausgleich herbeizuführen. Die Finanzreform wirkt damit sehr rasch auf die Preise von Waren, Geld und Arbeit zurück und entfesselt Kämpfe, bei denen es sich am letzten Ende immer darum handelt, sich der neuen Belastung nach Möglichkeit zu entziehen. Entweder ist der Effekt dieses Kampfes, daß der gesamte Produktionsbeitrag und entsprechend der Anteil von Kapital und Arbeit gleichzeitig steigt, oder es ist auch möglich, daß durch eine andre Art der Verteilung des Produktionsbeitrages die Arbeit resp. das Kapital nicht in der Lage ist, die Mehrbelastung auszugleichen.

Zunächst trifft die innere Steuerbelastung das Kapital in einer durchschnittlich günstigeren Verfassung als die Arbeit. Während die letztere noch unter dem starken Druck eines ungewöhnlichen Ueberangebots steht, die eine baldige Verbesserung der Lohnverhältnisse sehr erschweren dürfte, hat das mobile Kapital seit Jahresfrist eine Wertsteigerung erfahren, die nicht zu unterschätzen ist. Nach der Bewegung des Kursniveaus zu schließen, wie es sich für die Hälfte des an der Berliner Börse zum Handel zugelassenen Kapitals ergibt, die Steigerung des Durchschnittskurses seit Ende Juni 1908 bis Ende Juni 1909 nicht weniger als circa 42,2 Prozent des Nominalkapitals. Wenn für die an der Berliner Börse gehandelten Effekten macht diese Kurssteigerung eine Höherbewertung von rund 4,80 Milliarden Mark aus. Wenn natürlich diese Höherbewertung zunächst nur eine rechnungsmäßige ist, so geht aus ihr doch so viel hervor, daß bei allen Umständen von Effekten heute schon ein recht nennenswerter Gewinn gegenüber dem Vorjahr erzielt wird, und daß ganz allgemein die mobilen Kapitalien unter den veränderten Verhältnissen des Geldmarktes einen höheren Wert repräsentieren als im Vorjahr. Der Grad der Wertsteigerung der verschiedenen Effektkategorien ist sehr ungleichmäßig. Die festverzinslichen Werte sind nicht so sehr gestiegen wie die Dividendenpapiere. Aber auch innerhalb dieser sind die Unterschiede noch recht erheblich. So haben z. B. die Braueraktien gegenüber dem Vorjahr nicht nur keine Preissteigerung, sondern noch eine Entwertung aufzuweisen. Auch z. B. die in letzter Zeit im Vordergrund stehenden Kalksyndikats während der Verhandlungen um die Erneuerung des Kalksyndikats ziemlich matt. Erst auf die Nachricht, daß ein neuer Vertrag doch zustande gekommen sei, setzte sich eine plötzliche und ungewöhnliche Kurssteigerung in diesen Werten durch.

Es hat sehr lange gedauert, bis die Schwierigkeiten, die einer Erneuerung des Kalksyndikats im Wege standen,

überwunden waren. Wenn man die Verhältnisse in der Kalkindustrie näher betrachtet, so wird man auch ausgeben müssen, daß die Kalkindustrie sich in einer Krise befindet. Der Absatz nimmt nicht entfernt in dem Maße zu, wie die Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates steigt. Ermittelt man für das in der Kalkindustrie verbundene Unternehmungskapital die durchschnittliche Verzinsung, so ergibt sich für 23 Aktiengesellschaften nur eine Rente von 2,2 Prozent im Jahre 1909. Es ist richtig, daß unter diesen 23 Gesellschaften einige sehr gut prosperierende Werke mit hohen, zum Teil sehr hohen Erträgen sind. Aber sehr viel Kapital steckt demgegenüber noch in Werken, die noch nicht zur Förderung gelangt sind, und die jedes Jahr noch mit Verlust arbeiten. Wenn in Fachkreisen unter Ausschreibung der noch nicht fördernden Werke eine höhere Rente errechnet wird, so mag das vom privatkapitalistischen Standpunkt eine sehr vorteilhafte Aufmachung sein, aber sie verschleiern den Umstand, daß große Kapitalbeträge in der Kalkindustrie erst auf Verzinsung warten und inzwischen Verlustvorträge machen, die in die Millionen gehen. Wenn diese Werke dann zur Förderung gelangen, dann muß die jetzt schon zu hohe Leistungsfähigkeit der Produktion noch mehr ins Mißverhältnis zum tatsächlichen Verbrauch geraten. Unter solchen Umständen mußte es schwer fallen, die Kalkwerke zu einer neuen Verständigung, sich zu einem Syndikat zusammenzuschließen, zu bewegen. Denn gerade die leistungsfähigsten und am besten rentierenden Werke müssen aus Rücksicht für die andern sich eine weitgehende Einschränkung ihrer Förderung gefallen lassen mit der weiteren Möglichkeit, daß durch neue in Förderung kommende Werke und bei nicht entsprechender Ausdehnung des Absatzes die Beteiligungsquote noch mehr beeinträchtigt wird. Endgültig erneuert ist das Kalksyndikat noch nicht. Aber immerhin wurde am 1. Juli ein Provisorium bis zum 24. Juli geschaffen, das die definitive Erneuerung des Kalksyndikats erwarten läßt.

Als recht ungelöst bleibt noch immer die Geschäftslage im deutschen Eisengewerbe bezeichnet. Ein Rückblick auf den Absatz des Stahlwerksverbandes im ersten Halbjahre lehrt nun, daß gegenüber dem Vorjahr eine Besserung eingetreten ist. Der Verband stellte sich auf 2 468 214 Tonnen gegen 2 457 370 Tonnen im Jahre 1908. Der Absatz wäre weit besser, wenn nicht im Versand von Eisenbahnmaterial im laufenden Jahre auch ein Ausfall eingetreten wäre. Es stellte sich nämlich im einzelnen während des ersten Halbjahres der Versand von

	1908	1909
Formeisen	705 145	864 450
Halbzeug	659 862	704 447
Eisenbahnmaterial	1 090 197	912 128

Diese Bewegung des Absatzes der Betriebe des Stahlwerksverbandes läßt doch darauf schließen, daß der Verbrauch auch in der weiterverarbeitenden Industrie wieder in langsamem und allmählichem Anwachsen begriffen ist, so daß auch das Eisengewerbe vom Erholungsprozesse schon mitgegriffen ist. Allerdings äußert sich der Umschwung erst in ganz geringem Grade.

Berlin, am 17. Juli 1909.

Richard Calmer.

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahren in der preussischen Industrie.

Die Zahl der im Jahre 1908 in den der Gewerbeaufsicht unterstehenden Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen über 16 Jahre weist gegenüber dem Vorjahre eine wenn auch unwesentliche Abnahme auf. Es werden insgesamt 560 309 Arbeiterinnen gezählt, das sind, verglichen mit den im Jahre 1907 Beschäftigten 2971 oder 0,49 Prozent weniger.

Die Zahl der in den gleichen Betrieben beschäftigten männlichen Personen über 16 Jahre hat demgegenüber eine Abnahme von 47 261 oder 2,08 Prozent erfahren. Es zeigt sich auch hier, daß unter den Folgen der Wirtschaftskrisen in erster Linie der männliche Arbeiter zu leiden hat, dessen Kraft häufig durch die billigere weibliche ersetzt wird.

Trotzdem können nur 8 der Gewerbeaufsichtsbeamten zur Bejahung der Frage, ob Arbeiter durch Arbeiterinnen verdrängt worden sind. Von einigen Beamten wird das Heranziehen von Arbeiterinnen an Stelle der Männer dann nicht als eine Verdrängung der letzteren angesehen, wenn infolge Umwandlung des Produktionsprozesses durch Einführung von Maschinen und

dadurch bedingter Teilarbeit die Tätigkeit der nun beschäftigten Arbeiterinnen eine etwas andre geworden ist, als früher die Männer ausgeübt haben. Diese Fälle sind häufig in der Metallbranche zu verzeichnen. Man wird aber auch dann von einer Verdrängung der Männer durch Frauen sprechen müssen, weil sie tatsächlich in bestimmten Zweigen der Warenproduktion die männliche Arbeitskraft durch die weibliche ersetzt worden ist. Daß die einzelnen notwendigen Tätigkeiten andre geworden sind, sich oftmals vereinfacht und erleichtert haben, spielt keine Rolle. Vereinzelt wird aber auch von einem Verdrängen der Frauen durch Männer berichtet, doch scheiden diese Fälle bei der Beurteilung der allgemeinen Verhältnisse aus.

Wo Frauen an Stelle von Männern beschäftigt werden, geschieht es in der Hauptsache aus Sparsamkeitsrücksichten. So berichtet z. B. der Beamte des Magdeburger Bezirks, daß eine Schuhfabrik nach Einführung von Maschinen, die nun durch Frauen bedient wurden, pro Woche und Person 12 Mark Arbeitslohn sparte und eine Porzellanfabrik, in der an Stelle einer Anzahl Dreher Arbeiterinnen gesetzt wurden, konnte eine Lohnersparnis von 25 bis 30 Prozent aufweisen.

Als weiterer Grund für die Heranziehung der weiblichen Arbeitskraft wird neben der Billigkeit auch die größere Gefügigkeit und geringere Widerstandskraft den Maßnahmen der Unternehmer gegenüber angegeben. Für die Arbeiterorganisationen müssen diese Beschäftigungen Veranlassung sein, in Zukunft noch mehr als bisher auf die Gewinnung der Arbeiterinnen einschließlich der in der Heimarbeit tätigen hinzuwirken. Erst wenn diese Arbeiterkategorie für die Verbände gewonnen ist, wird es möglich sein, die jetzt stets als eine Folge der Heranziehung von Arbeiterinnen eintretenden Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen aus der Welt zu schaffen. Der Aufsichtsbeamte für Osnaabrück berichtet zum Beispiel, daß bei einem Streik in einer Gasmesserfabrik die Arbeit der streikenden Lederbinder an Heimarbeiterinnen ausgegeben wurde, an die man seit der Zeit ständig die Arbeit abgibt. Daß in Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur sich die Arbeiter einiger Bezirke der schweren Metallindustrie zuwandten, in der sie besser entlohnt wurden als in der früheren Beschäftigung, ist verständlich. An ihre Stellen sind aus Mangel an genügenden männlichen Personen Frauen getreten, die auch, nachdem ein Ueberfluß an männlichen Arbeitskräften eingetreten war, ihre Plätze behalten haben.

Von einigen Unternehmen, so von Meiereien, Käsereien, Waschanstalten, wird berichtet, sie seien durch Verwendung von Motoren in ihren Betrieben in die Reihen der revisionspflichtigen Betriebe rangiert, wodurch ebenfalls die Zahl der weiblichen der Gewerbeaufsicht unterstehenden Personen sich vergrößert hat.

Daß die Frauennarbeit vor allen Dingen in der Zigarrenfabrikation und in der Metallindustrie, hier namentlich in den Elektrizitätswerken, trotz der schlechten Konjunktur stark zugenommen hat, liegt daran, daß sich gerade für diese Arbeit Arbeiterinnen wegen ihrer größeren Fingerfertigkeit besser eignen, als die Männer. Aber nicht immer wird die besondere physische Veranlagung bei der Heranziehung von Arbeiterinnen für bestimmte Arbeitsleistungen berücksichtigt, ein Beweis dafür, daß nicht diese es ist, die die Unternehmer zur Einstellung von Arbeiterinnen veranlaßt, sondern in der Hauptsache der erhöhte Profit, der infolge der geringeren Bezahlung mit der sich die Arbeiterinnen abfinden, den Unternehmern winkt.

So werden zum Beispiel im Bezirk Potsdam Frauen bei Tischbänken und Extrastapeln beschäftigt. Im Frankfurter Bezirk mußte die Bedienung eines Dampffessels durch eine Arbeiterin als unzulässig untersagt werden. Verschiedentlich wurden Arbeiterinnen in Porzellanfabriken an den Desfen in unzulässiger Weise beschäftigt, so daß die Arbeit beanstanden werden mußte. Daß die Tätigkeit in Ziegeleien und Steinbrüchen, z. B. das Einschleufen von Lehm, das Abnehmen von nassen Steinen, das Einschlagen der nassen Ziegel in die Trockengefelle, als für den weiblichen Organismus nicht geeignet bezeichnet werden muß, braucht nicht besonders hervorzuheben werden. Und doch werden oftmals Frauen bei solcher Tätigkeit angesetzt. Die Arbeiterinnen haben da große Lasten zu heben und müssen, sehr häufig mit solchen beladen, über Leitern und Gerüste klettern. In Zellstoffabriken wurden ebenfalls Arbeiterinnen beschäftigt, wo sie 4 bis 10 Kilogramm schwere Holzknüppel in die nach der Hadmaschine führende Transportrinne werfen müssen. Diese Arbeit muß sehr schnell und andauernd ausgeführt werden. Nach dem Bericht des Aufsichtsbeamten für Breslau sind für nur außergewöhnlich starke Personen gewaschen. Selbst Männer haben dabei nicht lange ausgehalten, jedoch haben Frauen sogar im schwangeren Zu-

Wenke für Referenten.*

Berzigt man über eine geordnete und auf dem laufenden gehaltene Materialsammlung, so ist das erste Stück Vorarbeit zu einer Rede leicht zu erledigen. Dieses besteht darin, daß man sich das ganze Material, das auf die gestellte Aufgabe Bezug hat, zusammenstellt.

Hat man in dieser Weise alle Tatsachenbelege, Zitate usw. zusammengestellt, die bei der Behandlung des betreffenden Themas verwendbar erscheinen, so durchläuft man jedes Stück nochmals sorgfältig, denkt über seine Bedeutung, seine Beweiskraft, seinen Zusammenhang zum gegebenen Thema nach. Diese Ueberlegungen führen ganz von selbst zu einer ersten Durchdenkung der einzelnen Teile der Rede. Während des Durchlesens schäufen alle und neue Gedanken durch den Kopf, leitende Gesichtspunkte werden geboren, die groben Umrisse des Ganzen treten ins Bewußtsein.

Man lege sich deshalb gleich einige Blätter Papier zur Hand und notiere flüchtig die einzelnen Tatsachen, die man verwenden will, sowie die Gedanken und leitenden Gesichtspunkte, die dabei aufstehen. Diese „Blätter“ sollen keine kleinen Zettelchen sein, die mit engem Geckel bedeckt werden, sondern halbe Bogen. Nur keine kleinen Papierpatrone! Bei Entwürfen von Reden, das merke man sich auf alle Fälle. Jede Notiz zu rednerischen Zwecken muß ein klars Auge klares, bischnell zu überblickendes Bild sein. Die einzelnen Bemerkte, kurze Sätze oder Stichworte sind in deutlicher Schrift zu fixieren, und man lasse reichlich Raum zwischen den einzelnen Punkten, damit man neues Zugehöriges einschreiben kann.

Wer sich dieser Art in das Material hineingearbeitet und in das Thema hineingedacht hat, den läßt es nicht mehr los. Das Gehirn arbeitet dann gewissermaßen von selbst daran weiter. Der Wehstuf unfres Geistes ist in Tätigkeit geraten und automatisch schiebt das Gedankenschifflein herüber und hinüber. In diesem Erregungszustand, der Stunden und Tage andauern kann, werden neue Einsichten, tiefere, umfassendere Ideenverbindungen in unserm Geiste erzeugt.

Hat man so ein Thema stunden- oder tagelang durgearbeitet, so steht das zu leistende rednerische Werk in seinen

Hauptzügen vor unserm Geiste. Nun nimmt man ein neues Blatt und schreibt sich den ganzen Gedankengang kurz in einzelnen markanten Sätzen und Stichworten in der Ordnung auf, die man für die zweckmäßigste hält. Dies ist die vorläufige Disposition, an Hand derer die genauere Ausarbeitung vor sich gehen soll.

Die schriftliche Ausarbeitung.

Der gelübte Praktiker der öffentlichen Rede wird in den meisten Fällen einer weiteren Vorbereitung als der vorstehend geschilderten nicht bedürfen. Er meistert die Sprache zur Genüge, um nicht nötig zu haben, sich die Form der einzelnen Gedanken wie die logische Verknüpfung der einzelnen Sätze wörtlich vorherzustellen. Es stellt ihm dazu gewöhnlich auch die Zeit. Nur bei sehr verantwortungsvollen Gelegenheiten wird er seine Rede ganz oder in einzelnen besonders wichtigen Teilen genauer fixieren. Für gewöhnlich begnügt er sich, das Material zusammenzustellen, das Ganze zu durchdenken und die leitenden Gedanken in Stichsätzen oder Worten zu skizzieren.

Der Anfänger aber tut gut, auch die Einzelheiten der Rede vorher schriftlich auszuarbeiten. Nur so wird er schnell und sicher die Sprache in die Gewalt bekommen und sich die Kunst einer klaren, treffsicheren Ausdrucksweise angeeignet. Mit der schnellen, fehlerfreien Sazbildung hat der Neuling ja am meisten zu kämpfen. Viele scheidet die Furcht vor dem Verwideln in fehlerhafte Sazbildung und dem gänzlichen Steckenbleiben infolge des Nichtfindens der richtigen Worte vor vornherein vor dem öffentlichen Reden ab. Diese Schwierigkeit überwindet man am sichersten durch das vorherige schriftliche Formulieren jedes einzelnen Gedankens. Da hat man Zeit, nach den richtigen Worten zu suchen. Da ist man auch in der Lage, die Sätze so einfach wie möglich zu konstruieren. Nur keine langen, komplizierten, das sei eine erste Regel für jede Redebereitigung. In dem zum Druck bestimmten Aufsatz mögen umfangreiche Satzgefüge mit eingeschalteten Nebensätzen aller Art noch angehen. Schön sind sie auch da nicht. Aber Schreibe wie Referent im Stande, wenn nötig durch nochmaliges Ueberblenden Form und Sinn des ganzen Gedankengefüges zu meistern. Beim gesprochenen Wort aber muß der Gedanke im raschen Fluge gefaltet und erfährt werden. Hier ist Einfachheit und funktfähige Klarheit für den Redenden wie für den Hörenden Gesetz.

Die Aufgabe, alles was man sagen will, vorher in klaren, fehlerfreien Sätzen niederzuschreiben, ist zeitraubend und mühsam. Aber sie lohnt sich. Wer es tut, wird sehr rasch merken,

daß ihm die Wortfindung und Sazbildung immer leichter fällt. Das anfängliche Suchen und Stolpern geht mehr und mehr in sicheres Voranschreiten über, und wer einmal mit der Feder richtig zu sprechen versteht, der lernt es auch bald mit der Zunge. Die letztere ist ein viel schneller arbeitendes Instrument; darin liegt die besondere Schwierigkeit des richtigen Sprechens. Man hat beim Reden eben keine Zeit, sich lange auf die Form zu bestimmen. Die Geburt und korrekte sprachliche Umkleidung des Gedankens sollen gleichzeitig erfolgen, und während der etne Gedanke noch gesprochen wird, soll der nächste bereits gefaltet sein. Das kann nur geschehen, wenn der Redner der sprachlichen Formulierung beim Reden keine besondere Aufmerksamkeit mehr zu widmen braucht. Fast unbewußt, mechanisch wie der virtuose Musiker die Technik seines Instruments, muß der Redner die Technik des Ausdrucks meistern. Der Musiker erwidert sich diese Meisterschaft nur durch eine mit ungeheurer Fleiß durchgeführte Übung jeder einzelnen Konverbindung, jeder Passage, jedes Griffes, jeder Modulationsform. Erst auf der Höhe der Meisterschaft kann er ohne besondere technische Vorbereitung jedes Stück vom Blatt spielen. Auch der Redner ist Künstler. Das vorherige Suchen und Feststellen der richtigen, besten Ausdrucksform ist eine unentbehrliche „Fingerübung“, die ihn dahin bringen soll, daß er das Instrument der sprachlichen Formgebung bis zum „vom Blatt spielen“, das heißt bis zum korrekten aus dem Stegreif Sprechen, beherrscht. Darum lege der Anfänger die Disposition, die er bei der ersten Durchberatung gewonnen hat, neben sich und schreibe an der Hand dieses Leitfadens die Rede, so wie er sie zu halten gedenkt, Satz für Satz nieder.

Die schriftliche Ausarbeitung der Rede soll jedoch nicht allein der Beherrschung der Sprachform dienen; durch sie soll auch die Intensität der geistigen Durcharbeitung gesteigert werden. Beim Niederschreiben ist man gezwungen, den einzelnen Gedanken viel schärfer auszuprägen als beim bloßen Ueberdenken. Die logische Gedankenverknüpfung muß dabei viel klarer herausgearbeitet werden und die innere Gliederung des Ganzen kommt intensiver zum Bewußtsein. Das ist eine geistige Schulung von großem Werte. Die gewonnene innere Klärung und Gliederung des Ganzen soll auch äußerlich in dem Manuskript dadurch zur Geltung gebracht werden, daß man funktmäßige Abschnitte macht. Das äußere Bild dieser Einteilungen gibt gute Anhaltspunkte für das Gedächtnis ab und trägt so dazu bei, das Bewußtsein der inneren Konstruktion des ganzen Gedankenbaues gegenwärtig zu halten.

* Diese Darlegungen entnehmen wir dem vorzüglichen Büchlein: Referentenfürer von G. David. Preis 1,50 Mark, erhältlich in der „Vorwärts“-Buchhandlung, Berlin, Lindenstraße 60.

hande diese Arbeit geleistet. Der Zustand wird dabei nach Möglichkeit zu verbessern gesucht, um nur ja keinen Ausfall am Verdienste zu erleiden.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten müssen aber auch diesmal eine große Anzahl Uebertretungen in bezug auf Innehaltung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen konstatieren. Obenan stehen wieder die Betriebe der Kleider- und Wäschekonfektion. Nichtbeachtung des gesetzlichen Feierabends namentlich an Vorabenden von Festen gehört in diesen Betrieben nicht zu den Seltenheiten. Auch in Putzgeschäften werden die jungen Mädchen häufig in unverantwortlicher Weise beschäftigt. Nach den Angaben des Beamten für den Bezirk Breslau mußten dort in einem Geschäft die Arbeiterinnen 10 Wochen hindurch von morgens 7 bis nachts 12 oder 1 Uhr, auch wohl bis um 4 Uhr morgens tätig sein. Längere Pausen, als zum Einnehmen des Essens nötig waren, wurden nicht gewährt. Die Geschäftsinhaberin erhielt 100 Mark Geldstrafe, die aber in der Revisionsinstanz auf 50 Mark ermäßigt wurde. Die Direktrice eines Konfektionsgeschäfts wurde zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie zwei Arbeiterinnen zwei Nächte hindurch beschäftigt hatte.

In ähnlicher Weise, täglich 13½ Stunden und noch länger, bis 1 oder 2 Uhr nachts, wurden Putzmaschinen des Arnberger Bezirkes — sogar 2 jugendliche waren darunter — beschäftigt. Der Geschäftsinhaberin, die schon früher schriftlich auf die Innehaltung der Vorschriften hingewiesen worden war, wurde eine Strafe von 15 Mark auferlegt.

Die Strafen sind auch bei diesen Uebertretungen, ebenso wie bei denen gegen den Kinder- und Jugendschutz, so niedrig bemessen, daß sie durchaus nicht abschreckend wirken. Auch in der Beachtung der Vorschriften für Arbeiterinnen wird erst nach Erstarren der Arbeiterorganisationen eine Besserung eintreten. Daß gerade in Konfektions- und Putzwerkstätten Uebertretungen so häufig sind, liegt wohl in der Hauptsache daran, daß sich die Arbeiterinnen nicht als solche betrachten und infolgedessen den für Arbeiterinnen erlassenen Schutzbestimmungen keine Beachtung schenken. Berichten doch die meisten Aufsichtsbeamten, daß sich diese Gruppe von Arbeiterinnen oftmals weigern, ein Arbeitsbuch zu beschaffen, eben weil sie nicht zu den Arbeiterinnen gerechnet werden wollen. Eine sonderbare Art von Stolz, wodurch die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft den Unternehmern ungemein erleichtert wird.

Daß neben den Verstößen gegen den gesetzlich festgelegten Maximalarbeitszeit auch solche anderer Art vorkommen, braucht bei der Mühe, die die Gerichte den Unternehmern gegenüber walten lassen, nicht wunder zu nehmen. So mußte z. B. ein Ziegeleibehälter des Bezirks Danzig erst gezwungen werden, einen anderen Eingang für den Schlafraum für Arbeiterinnen zu schaffen, der vorher nur durch den Schlafraum der Männer zugänglich war. In Wiegeln waren auch in diesem Jahre 4 galizische Mädchen in einem Schlafrum mit einem Ehepaar untergebracht, trotzdem dies schon im vorigen Jahre beanstandet worden ist. Ein Vorwissen in einer Fischräuderei des Bezirks Schleswig beweist aber so recht die Notwendigkeit, den Schutz, den die Bestimmungen der Gewerbeordnung den Arbeiterinnen in Fabriken bieten, auch auf kleinere, ja auf alle Betriebe, in denen Arbeiterinnen beschäftigt sind, auszudehnen. Dort wurden wiederholt Arbeiterinnen die ganze Nacht beschäftigt. Der Besitzer der Räumerei mußte freigesprochen werden, weil der Betrieb, da nur 7 Arbeiterinnen dort tätig waren, nicht zu den Fabriken, also zu den der Gewerbeaufsicht unterstellten Betrieben, gezählt werden konnte. Auch nach dem 1. Januar 1910 wird in derartigen Unternehmungen der Ausbeutung von Arbeiterinnen Tor und Tür geöffnet sein. Wenn auch nach der dann in Kraft tretenden Novelle zur Gewerbeordnung, die den vielumstrittenen Begriff „Fabrik“ nicht mehr kennt, die Schutzbestimmungen einer größeren Anzahl Arbeiterinnen zugute kommen, so ist auch dann Voraussetzung, daß in den Betrieben, für die die Bestimmungen gelten sollen, mindestens 10 Personen beschäftigt sein müssen. In den Kleinbetrieben, wo die Verhältnisse in der Regel am schlechtesten sind, bleiben die Arbeiterinnen nach wie vor schutzlos. Es wird auch auf dem Gebiete des Arbeiterinnen schutzes den Arbeiterorganisationen allein vorbehalten bleiben, wirklich durchgreifende Reformen zu schaffen.

Die Lohnbewegung der Steinarbeiter in Mühlbach

Ist in ein neues Stadium getreten, indem am Mittwoch, den 7. Juli, erstmalig Verhandlungen mit den Meistern und der Kommission der Arbeiter unter Teilnahme der Sekretäre der beiden beteiligten Organisationen stattfanden. Nach anfänglichem Widerstand erklärten sich die Unternehmer bereit, im Sommer einen Tagelohn von mindestens 4,20 Mk. für einen Steinhauer-Gesellen zu bezahlen. Die Verschiedenheit der Arbeitsleistung war ihnen Ursache, vier verschiedene Lohnklassen mit je 20 Pfg. Steigerung einzuführen, von 4,20 Mk. absteigend, also 4,20, 4,00, 3,80, 3,60 Mk. Für die kürzere und unter Witterungseinflüssen leidende Winterarbeitszeit sollten, entsprechend der geringeren Arbeitsleistung, gleichfalls abgestufte niedrigere Löhne festgesetzt werden. Die vorgeschlagene Nachtstunde machte der Verhandlung ein vorzeitiges Ende. Die Vertreter der Arbeiter schießen in der ersten Ueberzeugung, daß in der entscheidenden Lohnfrage eine Verständigung sicher ist, vielmehr noch in den übrigen, weniger bedeutungsvollen Fragen des Vertrages.

Die in der Verhandlung erhobenen Einwendungen der Unternehmer gegen die Form und Art der gestellten Forderungen veranlaßten die Arbeiter, eine Umarbeitung des eingereichten Vertragsentwurfes im Sinne der unternehmerseits erhobenen Bedenken vorzunehmen, soweit dies unter Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft irgend möglich war. Ein Beweis des ernstesten Bestrebens der Arbeiterschaft, den Frieden wieder herzustellen.

In der weiteren Verhandlung erfuhren die Hoffnungen der Arbeiterschaft aber eine unerwartete Enttäuschung. Die Unternehmer legten endlich auch einen Vertrag vor, der sich in bezug auf die Festsetzung der Löhne fast vollständig mit dem neuen Entwurf der Arbeiter deckte, aber entgegen der auch ausdrücklich von den Arbeitgeberern anerkannten Beziehung der Löhne als „Mindestlohn“ diesen plötzlich als „Höchstlohn“ bezeichnete. Der Vertrag sollte Gültigkeit haben bis 1914 und am 30. November ablaufen.

Die Regelung dringend nötiger Fragen war in dem Vertrag der Unternehmer weggelassen. Das Ungeheuerliche an diesem ganzen „Mustervertrag“ war, daß derselbe unter der Devise präsentiert wurde: „Frei Vogel oder stirb!“ Kein Jota sollte an demselben geändert werden, sondern ohne jede Aenderung von der Kommission der Arbeiter anerkannt und unterschrieben werden. Eine Debatte über die einzelnen Bestimmungen oder eine weitere Verhandlung sollte nicht mehr stattfinden. Zu einer Verständigung konnte es unter diesen Umständen nicht kommen, zumal der Vorsitzende der Unternehmervereinigung erklärte, ohne eine neue Meisterversammlung keinen Strich ändern zu können. Die Verhandlung mußte unter diesen Umständen verlagert werden, obwohl sich die Vertreter der Arbeiter die erdenklichste Mühe gaben, die Unternehmer von der Unsinngkeit ihres Beschlusses zu überzeugen. Immer mehr aber zeigte es sich, daß Kräfte am Werke sind, die ein Interesse daran haben, daß eine Verständigung nicht so schnell zustande kommt. Eine Erfahrung, die wir in unsern Lohnkämpfen schon oft gemacht haben, die den Unternehmern aber immer noch nichts gelehrt hat, die mancher Irrgefahrte schon teuer, oft mit seiner Existenz bezahlen mußte. Auffallend nur, daß keiner merken will, wohin die Reise gehen soll. Wir werden noch näher auf diesen Punkt zurückkommen.

Am 13. Juli wurde Gauleiter Braun zum Oberbürgermeister von Karlsruhe geladen wegen der Bewegung. Die

Stadt Karlsruhe ist einer der bedeutendsten Auftraggeber der Mühlbacher Steinindustrie und ist besonders mit Rücksicht auf die Bestimmungen über die Vergabe städtischer Arbeiten in der Lage, einen entscheidenden Einfluß auf die Haltung der Mühlbacher Meister auszuüben.

Die Stimmung unter den Arbeitern ist eine vorzügliche. Die Berechtigung ihrer Forderungen gibt ihnen das Vertrauen, auszuhalten in ihrem Kampfe um Erhaltung ihrer Existenzfähigkeit. Die lange werden sich die Mühlbacher Meister noch vergeblich dem unüberwindlichen Strome der Zeit entgegenzusetzen versuchen?

Die Nationalsozialen bitten für ihre Parteifreunde um milde Gaben. Ein evangelischer Geistlicher erklärt in der „Hilfe“ (Nr. 28) folgenden Aufruf:

„Es wird wenige Streiks geben, wo Recht und Billigkeit so klar auf beiden Seiten der Arbeiter und Ungerechtigkeit und Verblendung nur dem einen auf Seiten der Arbeitgeber liegen. Es ist daher nicht nur der Umstand, daß wir unter den Mühlbacher Steinbrucharbeitern auch eine Anzahl Gesinnungsgenossen haben, der uns Nationalsozialen zu diesem Aufruf veranlaßt: Wir fühlen uns mitverantwortlich dafür, daß eine Sache, deren Gerechtigkeit wir erkannt haben, nicht zu einer Niederlage führt! Der Tarifvertrag ist heute eine soziale Notwendigkeit, die von einsichtigen Arbeitgebern längst als solche anerkannt ist. Darum wenden wir uns an die Parteifreunde und alle Anhänger eines sozialen Liberalismus, aber nicht nur an diese, sondern überhaupt an die Freunde sozialer Gerechtigkeit und sozialer Gefühlsbindung unseres wirtschaftlichen Lebens mit der Bitte, den Mühlbacher Steinbrucharbeitern durch ihre Gaben mit zum Siege zu verhelfen. Gebe jeder, was in seinen Kräften steht. Wer rasch gibt, gibt doppelt! Zur Annahme von Gaben ist außer den Unterzeichneten auch Parteisekretär Walter Mathews in Heidelberg, Bergstraße 1, III., bereit. Der Landesauschuß der Nationalsozialen Badens und der Rheinpfalz: Dr. Ernst Lehmann, 1. Vorsitzender, Stadtpfarrer in Hornberg im Schwarzwald.“

Sogar ein Geistlicher sieht ein, daß sich die Mühlbacher Steinarbeiter auf die Dauer eine solche Ausbeutung nicht mehr gefallen lassen können.

Weiter wird uns noch geschrieben: Von den Unternehmern wird in den letzten Tagen mit allen Mitteln versucht, die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Alle erdenklichen Gerichte werden in Umlauf gesetzt, um die Arbeiter in Schreden zu jagen oder um Uneinigkeit in ihre Reihen zu tragen. Eine günstige Gelegenheit hierzu bietet die örtliche Trennung der Arbeiterhaft in die Gemeinden Mühlbach, Sulzfeld, Dörschburg usw. Einmal sind es die Mühlbacher, ein andermal die Sulzfelder oder Dörschburger, die angeblich die Arbeit aufnehmen wollen. Alles dies bezweckt nichts andres, als die Arbeiter der verschiedenen Orte gegeneinander auszuspielen. Unterstützt wird dies Bestreben durch die scharfe lokale Trennung der beteiligten Organisationen. Die Mühlbacher gehören dem Gewerbeverein (h.-d.) und die Sulzfelder, Dörschburger usw. dem Zentralverband an. Erfreulicherweise ist aber alle Liebesmühe vergeblich gewesen. Nicht ein Mißton ist bisher zwischen den beiden Organisationen oder den verschiedenen Ortsgemeinden entstanden und wird auch — davon sind wir überzeugt — von außen durch niemand hereingetragen werden.

Daß die Führer der Arbeiter sich den Unwillen der Unternehmer in ganz besonderem Maße zuziehen würden, war nicht besonders zu vermuten. Zuerst war es der Sekretär des Gewerbevereins, der durch sein hartes Auftreten die Schuld an dem Ausbruch des Streiks tragen sollte. Um nicht der Stein des Anstoßes zu sein, war dieser bereit, zurückzutreten und die Führung der Verhandlungen dem Gauleiter des Zentralverbandes allein zu überlassen. Jetzt ist zur Abwechslung letzterer der Sündenbock. Und warum? Weil er die Beschlüsse der ersten Verhandlung schriftlich formuliert in der zweiten Verhandlung vorlegte und darin die Löhne, wie mit Zustimmung der Meister vereinbart worden war, als Mindestlöhne bezeichnete. Dieser, eine Beschlüsse der Unternehmer sollte nun, plötzlich unerfüllbare Forderungen darstellen, weil es ihnen gefiel, Höchstlöhne festzusetzen. Mit dem Gauleiter war angeblich nicht zu verhandeln, während der Sekretär des Gewerbevereins plötzlich ein Mann war, mit dem sich reden ließ. Die Absicht des betriebenen Manövers ist zu durchsichtig, um nicht von den Arbeitern erkannt zu werden.

In den letzten Tagen ist ein neuer Streich gespielt worden. In Mühlbach wird das Gerücht verbreitet, der Gauleiter Braun vom Zentralverband habe beim Bürgermeisteramt in Karlsruhe die Mühlbacher Meister verdächtigt, sie seien nicht in der Lage staatliche und städtische Arbeiten anfertigen und ordnungsgemäß liefern zu können. Am Montag, den 12. Juli, ist ein Beamter des Karlsruher Stadtbaumeisters in den Betrieben gewesen, um Erhebungen anzustellen. Dieser soll sich im obigen Sinne geäußert haben. Am Tage darauf ist aber Gauleiter Braun erst beim Herrn Oberbürgermeister Siegrist gewesen, um diesem die erbetene Auskunft über den Mühlbacher Steinhauerfreibrief zu geben, kann also vorher niemanden verdächtigt haben. Wir bezweifeln, daß der Beamte derartige Äußerungen getan hat. Wir erklären das Gerücht für erlogen und haben dem Bürgermeister Mitteilung davon gemacht mit der Bitte, eine Untersuchung einzuleiten. Die Urheber und Verbreiter werden wir zur Rechenschaft ziehen.

Die Stellungnahme des Bürgermeisteramtes zu dem Mühlbacher Streik ist diesem durch § 5 der Vergabebestimmungen für städtische Arbeiten festgelegt, welcher lautet:

„Firmen, die in bezug auf die Arbeitszeit, den Arbeitslohn und die Behandlung ihrer Arbeiter und Angestellten unbillig halten, sind von den Lieferungen auszuschließen. Insbesondere können Firmen, die der Koalitionsfreiheit der Angestellten und Arbeiter Schwierigkeiten bereiten, ausgeschlossen werden.“

Auf Grund dieser Bestimmung war das Bürgermeisteramt verpflichtet, die Verhältnisse zu untersuchen und die Unternehmer darauf aufmerksam zu machen, daß sie bei Verharren in ihrem Widerstand mit städtischen Arbeiten nicht mehr betraut werden können. Die gleiche Bestimmung bezieht sich für Mannheim und andere Städte. Wie es mit der Koalitionsfreiheit steht ist ersichtlich aus dem Beschluß der Unternehmer, bis zum 15. März 1910 keinen organisierten Arbeiter mehr einzustellen.

Das auffallende an der Weigerung der Unternehmer ist der Umstand, daß der Vorsitzende der Vereinigung in Sulzfeld mit uns einen Vertrag abschließen kann und in Mühlbach unter den gleichen Verhältnissen nicht. Wäre nur ein wenig ernstere Wille vorhanden gewesen, so wäre der Vertrag bei der letzten Verhandlung zum Abschluß gekommen, aber vom Vorsitzenden wurde nicht der geringste Versuch gemacht, eine Verständigung herbeizuführen.

Singt steht jedenfalls die Tatsache da, daß eine Uebereinstimmung über die Lohnfrage erzielt wurde, eine Verständigung aber an formellen Fragen scheitert. Der Hauptdifferenzpunkt ist noch die Beziehung des Lohnes als Höchstlohn, der selbstverständlich die Arbeiter nicht zustimmen können. Welche Unklarheit aber über die Bedeutung dieses Wortes unter den Unternehmern herrscht, geht daraus hervor, daß ein Unternehmer uns erklärte, diese Beziehung als Höchstlohn müßte aus dem Grunde bestehen bleiben, weil die Unternehmer das Recht haben müßten, tüchtige Arbeiter höher bezahlen zu können!! Das wollen wir gerade auch, indem wir die Löhne als Mindestlöhne bezeichnen und noch besonders bemerken: „Diese Sätze sind nicht als Höchstlohn zu betrachten.“

Wir wollen also das selbe, brüden uns aber verschieden aus und die Unternehmer verhintern die Möglichkeit, daß wir uns über den Irrtum durch eine gegenseitige Aussprache verständigen. Die Verworrenheit in der Vereinbarung ist das augenblickliche Zeichen der ganzen Lage. 250 Arbeiter, getrennt in zwei Organisationen, stehen klar in ihrem Ziele da und die wenigen Unternehmer sind nicht imstande, sich über eine Sache zu einigen,

mit der jeder einzelne Unternehmer einverstanden ist, wenn man allein mit ihm spricht. Nur zu einem einheitlichen Beschluß können sie sich nicht aufschwingen. Die Mühlbacher Meistervereinigung ist ein Geschöpf mit 17 Stimmen, aber ohne Kopf. Hoffen wir, daß ihr dieser bald wächst, denn eher kommt die Vernunft nicht zum Durchbruch.

Korrespondenzen

Bühlertal. Sonntag, den 4. Juli, fand im Gasthaus zum „Wolf“ eine recht gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Die Kollegen Weindl und Pillini fungierten als Redner. Beide, Weindl in deutscher und Pillini in italienischer Sprache, legten in kurzen aber sinnreichen Worten dar, wiewo großen Vorteil wir durch unsere Organisation erzielen könnten, wenn die Disziplin der Kollegen einigermaßen stramm ist. Leider aber läßt die Haltung verschiedener Kollegen manchmal viel zu wünschen übrig; so z. B. wurde vor sechs Wochen eine Versammlung abgehalten, und was damals beschlossen wurde, wurde am andern Tage auch schon der Unternehmer. Das darf nicht mehr vorkommen. Schön zu nennen ist es von den Neusager Kollegen, daß dieselben einen zwei Stunden langen Weg nicht scheuten, um an der Versammlung teilzunehmen. Es wurden dann noch zwei Ortskassierer gewählt, Kollege Jüggenschäler für Werkplatz Bühlertal, Kollege Pollas für Steinbruch Wiedenfeld. Zum Schluß ließen sich noch vier italienische Kollegen aufnehmen.

Gebweiler i. G. Die Zahlstelle hielt am 11. Juli eine Steinarbeiterversammlung ab, welche sehr mäßig besucht war. Bei Punkt 1 wurde das Protokoll verlesen und für gut befunden. Im Punkt 2 gab der Vorsitzende den Kartellbericht, welcher verschiedene wichtige Punkte enthielt. Er verlas die Stundenlöhne von sämtlichen Berufen der Stadt, welche vom Gewerkschaftskartell festgesetzt wurden betreffs des Lastenheftes. Im Kartell wurde das Lastenheft ausgearbeitet, um es dem Gemeinderat vorzulegen, da wir zurzeit eine gute, ziemlich starke Vertretung auf dem Rathause haben. Was die Steinarbeiter anbelangt, wurde ein Stundenlohn von 70 Pfg. festgesetzt. Bei Punkt 3 hielt Kollege K i n d aus Mühlhausen i. G. ein Referat betreffs Platzangelegenheit der Firma B. u. A. Sautier in Gebweiler. Die betreffende Firma baut zurzeit eine Kirche in Burgweiler bei Mühlhausen. Die Arbeit muß an der Baustelle gemacht werden. Da Burgweiler noch zum Mühlhauser Tarifbezirk gehört, will die Firma dennoch den Mühlhauser Tarif nicht anerkennen und die Arbeit in wilk'em Afford machen lassen. Kollege Wolf aus Mühlhausen forderte die Gebweiler Steinarbeiter auf, die Arbeit nicht unter dem Mühlhauser Tarif zu machen, welches auch angenommen wurde. Im Punkt 4 verschiedenes regte Kollege K i n d an, das wir durch die verschärfte Bundesratsverordnung ein gutes Agitationsmittel haben, und dadurch in den hiesigen Steinbrüchen bessere Zustände erreichen können.

Dangenalza. Am 11. Juli fand im Schloßkeller eine Bezirksversammlung statt. Anwesend waren die Delegierten von Mühlhausen, Krawinkel, Dangenalza und Gauleiter Duhler. Tagesordnung: 1. Halbjährlicher Bericht vom 5. Gau; 2. Bericht der Zahlstellen; 3. Wahl eines Bezirksleiters; 4. Verschiedenes. Im ersten Punkt ergriff Kollege Duhler das Wort. In seinen Ausführungen brachte er zur Sprache, daß sich die Krise in diesem Jahre im 5. Gau auch sehr bemerkbar macht. Im weiteren berichtet Redner über die Tarifabschlüsse. Im ganzen wurden neun Tarife abgeschlossen; dieselben wurden meistens bloß verlängert. Mitgliederverluste sind trotz der Krise im Gau nicht zu verzeichnen. Betreffs Agitation teilte uns Redner mit, daß in Lauterbach und Umgegend noch viele indifferente Kollegen arbeiten. Ferner berichtete Duhler, daß er schon die nötigen Vorarbeiten getroffen hätte, aber sein jetziges Arbeitsverhältnis hindere ihn, mehr in der Agitation zu tun. Die Tätigkeit des Gauleiters wurde als sehr nutzbringend anerkannt. Im Punkt 2 berichtete der Zahlstellen entspann sich eine lebhafteste Debatte über die geschlossene Bearbeitung des Travatins. Da Dangenalza in der schlechtesten Konjunktur den Tarif abgeschlossen hätte, hingegen Mühlhausen bei dem Abschluß 10 Prozent mehr erzielt hat, so wurde darauf hingewiesen, späterhin mehr gemeinschaftlich zu arbeiten. Die Wahl des Bezirksleiters fiel auf Kollegen Seiling, die des Stellvertreters auf Kollegen Scheide. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband geschlossen.

Lutter am Barenberge. Die Firma Friede scheint schon seit einem Jahre darauf auszugehen, die hiesige Zahlstelle zu zerrümmern. Seit genannter Zeit fanden Lohnveränderungen sehr oft statt. Einigemal haben wir versucht, bezwärtige Differenzen im guten beizulegen, indem wir eine Kommission wählten. Diese Kommission wurde dann von Herrn Friede in der gehässigsten Weise und mit höhnischen Redensarten in Empfang genommen und am nächsten Tag auf Pflaster gesetzt. Die Vorstandsmitglieder und andre tüchtige Kollegen wurden stets zurückgestellt, indem sie die schlechteste Arbeit bekamen. Seit dem 1. Februar, als ein neuer Polier eingestellt wurde, war es überhaupt nicht mehr zum Aushalten, jedenfalls wollte er sich die Gunst des Herrn Friede dadurch erwerben, daß er den Tarif teilweise umging. Einem Kollegen aus dem Heimatsorte des Poliers, welcher sein Stück ausrechnete und dann vorstellte wurde (weil natürlich wieder eine beträchtliche Summe fehlte), sagte er: „Wer hat dich denn so klug gemacht?“ Dieser gab ihm natürlich die richtige Antwort: „Der selbe, der dich klug machte; denn wir haben doch beide auf einer Schulbank gesessen.“ Vor einiger Zeit, als wir Lohnunterschiede halber wieder vorstellig wurden, wurden die Kommissionsmitglieder sämtlich entlassen. Gauleiter Biemig regelte jedoch die Sache wieder, aber schon kurz darauf wurde einem Kollegen gekündigt. Hierzu nahmen wir Stellung und reichten unsere Kündigung ein. Am 26. Juni wurde dann die Arbeit eingestellt, die ledigen Kollegen reisten ab, nur Kollege S. Hansmann, im Alter von 21 Jahren, blieb, nachdem er sich Abreisegeld geholt. Jetzt arbeitet er nun als Streibtreiber weiter. Herr Friede bedient sich, um Steinarbeiter herbeizuschaffen, bürgerlicher Blätter (Solz-mindener Kreisblatt), da er mit der Unerfahrenheit der dortigen Kollegen rechnet. Wir ersuchen die Steinarbeiter, auf solche Inserate nicht einzugehen und den Zugang nach Lutter am Barenberge fern zu halten.

Trossenfurt. Ein mißglückter christlicher Fischzug. In Trossenfurt besteht eine Filiale des christlichen Keramik- und Steinarbeiterverbands mit „einer kleinen Anzahl christlich organisierter Steinarbeiter“, wie das „Witzbürger Volksblatt“ meldet. Um dieselbe nicht ganz absterben zu lassen, sollte am vergangenen Sonntag ein Fischzug nach Trossendorf unternommen werden, wozu man eigens den Arbeitersekretär Bödler aus Nürnberg kommen ließ. Die Zahl der Erschienenen war aber so gering, daß der Vortrag nicht abgehalten werden konnte. Für die Arbeiter von Trossendorf ist das ein ehrendes Zeugnis, wenn sie sich nicht von der christlichen Streibtreibergesellschaft einfangen lassen. Die christlichen Unternehmer jener Gegend gehören meistens dem Zentrum an. Sie brüden die Löhne auf ganz ungeheuerliche Weise, so daß es den Arbeitern nicht möglich ist, sich richtig zu ernähren, weshalb sie im schönsten Alter von der Schwindsucht dahingerafft werden. Dann hilft das Zentrum heils, so auch erst wieder bei der Finanzreform, dazu, daß die Steuerlasten die Armen am meisten bedrücken, während der Geldhaß verschont bleibt. Ein Arbeiter, der nicht auf den Kopf gefallen ist, muß einsehen, daß es kaum eine arbeitserfindlichere Partei gibt, wie das volksverräterische Zentrum. Deshalb kann er sich auch einer christlichen Gewerkschaft nicht anschließen, denn diese haben nicht den Zweck, den Arbeitern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen, sondern sie an das Zentrum zu fesseln. — Daß der „Keramikarbeiterverband“ für die Steinarbeiter absolut nicht leistungsfähig sein kann, ist für die Kollegen des Maintals zu gut bekannt.